



Uni-Report

31. Januar 1990 · Jahrgang 23 · Nr. 2

Erstmals in Europa: Multi-Organtransplantation

An der Klinik Allgemeinchirurgie (Leiter: Prof. Dr. med. A. Encke) des Klinikums der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main ist es erstmals gelungen, eine fortgeschrittene Krebserkrankung des Bauchraumes durch die gleichzeitige Transplantation von Leber, Bauchspeicheldrüse und Teilen des Dünndarms zu behandeln. Der 49 Jahre alte Familienvater von 2 Kindern litt an einer ausgedehnten bösartigen Erkrankung des Darmes und der Leber, die sich ansonsten noch nicht weiter im Körper ausgebreitet hatte. Eine weitere Behandlung war mit anderen Mitteln bislang nicht möglich und daher andernorts mit der Bemerkung abgelehnt worden, „er werde nur noch wenige Monate leben und solle sich noch ein paar schöne Tage machen“.

Die Entfernung sämtlicher Bauchorgane bis auf den eigenen Dünndarm mit Ersatz wesentlicher Oberbauchorgane im Verbund durch einen Organspender in Holland führte jetzt zur vollständigen Befreiung von der Geschwulsterkrankung mit der Chance auf dauerhafte Heilung. Dieses nur in Pittsburgh, USA (Vorreiter der Lebertransplantation, derzeit etwa 400 Lebertransplantationen pro Jahr) bislang durchgeführte Verfahren gelang trotz der extremen Herausforderung an Chirurgen und Anaesthetisten so problemlos, daß der Patient sich bereits wenige Tage nach dem Eingriff mit normaler Funktion von Leber, Bauchspeicheldrüse und Darm in sehr gutem Zustand befindet.

Dem 11,5 Stunden dauernden Eingriff war die 10stündige Entnahme der Spenderorgane durch das gleiche Operationsteam unter Leitung von Prof. Christof Hottenrott vorausgegangen. Die gleichzeitige Verpflanzung von Leber, Bauchspeicheldrüse

und Darm in einem Block hat Vorteile für die jeweilige Organfunktion und scheint Probleme der Einzelorgantransplantation, speziell der isolierten Transplantation der Bauchspeicheldrüse und des Darmes zu vermeiden.

„Am schlimmsten war“ nach Aussage des Patienten, der bereits am 4. Tag Besuch empfing und nach einer Woche auf natürliche Weise ernährt wurde, „das Warten auf die Operation“. Wegen des allgemeinen Pflegepersonalmangels und des zwar genehmigten, aber immer noch nicht eingerichteten Transplantationszentrums an der Universitätsklinik Frankfurt am Main konnte der Patient trotz mehrfacher Organangebote, der ständigen Bereitschaft aller beteiligten Ärzte und der wegen des Tumorwachstums dringlichen Situation erst nach 3monatiger Wartezeit transplantiert werden.

Für viele andere Patienten kommt die Rettung aus gleichen Gründen zu spät. Sie versterben, weil nicht genügend Kapazitäten

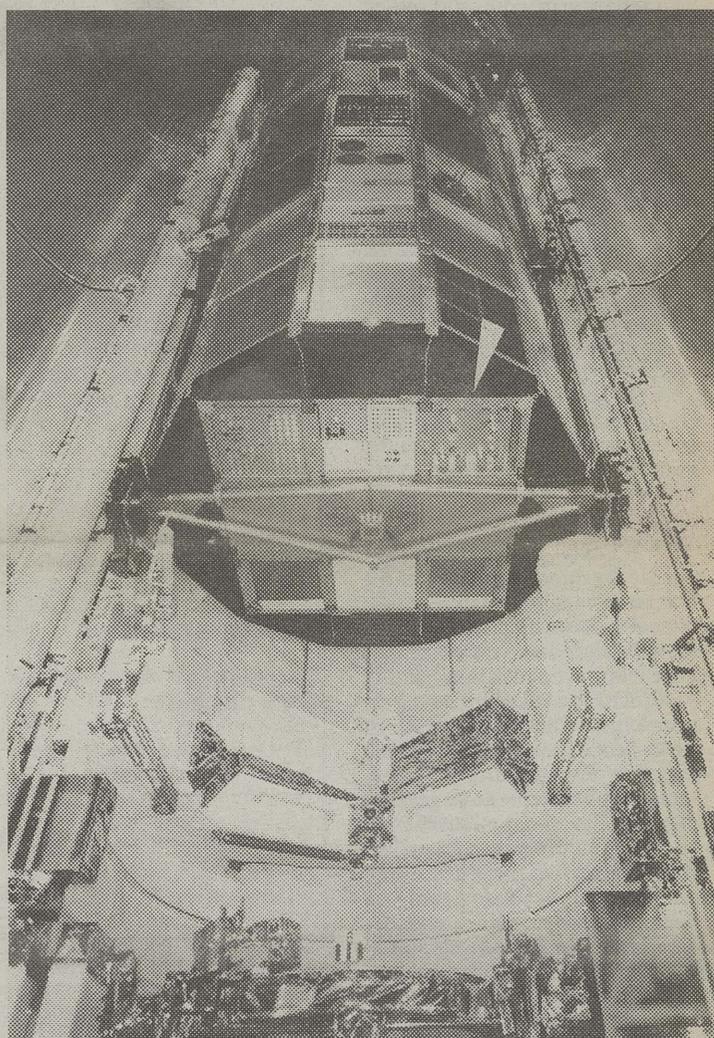
für diese neuen Behandlungsmöglichkeiten zur Verfügung stehen.

Aufgabe und Chance des Frankfurter Klinikums als einzigem Transplantationszentrum in Hessen und Rheinland-Pfalz für Leber, Bauchspeicheldrüse und Darm werden dabei immer noch verkannt. Dies, obwohl längst auch der volkswirtschaftliche Nutzen der Organtransplantation gegenüber der Behandlung von chronischen Erkrankungen auf Grund der raschen und effektiven Rehabilitation der Patienten für ein geordnetes Familien- und Berufsleben nachgewiesen ist.

Der generelle Versuch der Kostendämpfung im Gesundheitswesen darf im Land Hessen nicht weiter den nationalen und internationalen Anschluß an neue, effektive und rationelle Entwicklungen der Medizin versäumen, zumal das erforderliche know how durch die entsprechenden Ärzte wiederholt nachgewiesen wurde.

Aus dem Inhalt:

Wahllokale für die Urnenwahl:	Seite 2
Günter Grass liest in der Uni:	Seite 3
Stellungnahmen zur Frauen-Förderung:	Seite 4
Wohnungsversorgung im Rhein-Main-Gebiet:	Seite 5
Leistungsbilanz des Klinikums:	Seite 9
Stellenausschreibungen:	Seiten 10 und 11
Veranstaltungen:	Seiten 11 und 12



Der LDEF-Satellit in der Ladebucht der Raumfähre vor seiner Freisetzung in 470 Kilometer Höhe vor etwa 2000 Tagen (Foto NASA, Langley Research Center, Hampton, Virginia). Auf der Frontseite ist oben rechts (siehe Pfeil) das Montagefeld mit 12 BIOSTACK-Versuchsbehältern zu sehen mit dem Frankfurter Experiment bestehend aus ca. 150 000 Samen, 150 Millionen Pilzsporen und den von der Arbeitsgruppe SCHOPPER entwickelten Teilchen-Detektoren.

Pflanzen im Weltraum-Dauertest

Mit Spannung erwarteten zwei Frankfurter Wissenschaftler am 20. Januar die Rückkehr der amerikanischen Forschungssonde LDEF: An Bord der Sonde, die sich über fünfeinhalb Jahre im Weltall aufhielt und jetzt von der Raumfähre „Columbia“ auf die Erde zurückgebracht wurde, sind auch Samenproben aus dem Botanischen Institut der Johann Wolfgang Goethe-Universität.

„Noch nie zuvor sind Pflanzensamen über so lange Zeit im Weltall getestet worden, frühere Experimente endeten meist nach zehn bis zwanzig Tagen“, berichtet der Pflanzengenetiker Professor Dr. Albert Richard Kranz, der gemeinsam mit dem Kernphysiker Professor Dr. Erwin Schop-

per seit einigen Jahren testet, wie sich Arabidopsis thaliana, auch Acker-Schmalwand genannt, unter Weltraumbedingungen exponiert auf speziell entwickelten Detektoren der kosmischen Strahlung verändert. Dieses unscheinbare Wildkraut der Wegrandflora hat sich als besonders geeignetes Testobjekt und erfolgreicher Ersatz-Astronaut zur Untersuchung von Strahlen- und Mikrogravitationseinflüssen im Weltall erwiesen.

Das Experiment in der LDEF-Sonde gehört zu einer Serie von Biophysikalischen Experimenten der Weltraumforschung, die von Frankfurt ihren Ausgang nahmen über die von Prof. Ra-

furt geschaffene „Arbeitsgruppe Biophysikalische Raumforschung“; sie wurde von seinem Schüler H. Bücker geleitet und später in die DLR, Köln, eingegliedert.

Bei diesen Experimenten befinden sich biologische Objekte, z. B. Arabidopsis-Samen, Steinkrebs-Eier oder Sporen, in direktem Kontakt mit spuraufzeichnenden Detektoren in einem „Biostack“. Dies erlaubt, am Einzelobjekt die Wirkung einzelner Teilchen der kosmischen Strahlung unter Raumflug-Bedingungen zu beobachten (S. auch A. R. Kranz in „Forschung Frankfurt“, Nr. 1/2 1988).

Das Konzept dieser Biostack-Experimente als interdisziplinäre,

europäische Projekte wurde 1970 im Institut für Kernphysik in Frankfurt zusammen mit europäischen Biologen und Physikern erarbeitet; Gesprächsforum war in den siebziger Jahren eine „Arbeitsgruppe Space Biophysics“ des Europarats. Die Biostack-Experimente waren an einer Reihe von Raumflug-Missionen beteiligt, z. B. den Apollo-16- und -17-Mondflügen, Apollo-Sojuz, LDEF, Spacelab 1 der NASA, der D1-Mission der ESA und den sowjetischen Satelliten-Missionen Biokosmos 8 und 9, letztere im September 1989.

Die Physiker steuerten dazu u. a. die Teilchenspur-Detektoren und deren Auswertung bei, z. B. (Fortsetzung auf Seite 2)

Die letzte Ausgabe von
Uni-Report

im Wintersemester 1989/90 erscheint am 14. Februar 1990. Redaktionsschluß ist am 5. Februar um 12 Uhr.

Uni-Report steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

Pflanzen . . .

(Fortsetzung von Seite 1)

die in Frankfurt in den Arbeitsgruppen von Prof. Schopper und Prof. Granzer (und früher Prof. Haase) entwickelten Silberchlorid-Detektoren.

Das LDEF-Experiment wird neben biologischen Einsichten auch wertvolle Erfahrungen über das Langzeitverhalten von Strukturmaterialien unter Raumflug-Bedingungen liefern.

Die erwähnten Raumflug-Experimente wurden vom Bundesministerium für Forschung und Technologie gefördert.

In der neun Meter langen und mehr als zehn Tonnen schweren „Long Duration Exposure Facility“, der LDEF-Sonde, fanden die Frankfurter Samen und Pilzsporen einen Platz in der BIO-STACK-Versuchsapparatur der Deutschen Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt. Insgesamt sind 57 Experimente von Wissenschaftlern aus neun Nationen an Bord der NASA-Sonde. Die Raumplattform, die nie einen Funkkontakt zur Erde hatte, war schon im April 1984 in 470 Kilometer Höhe ausgesetzt worden. Eigentlich sollte sie bereits ein Jahr später zur Erde zurückgeholt werden, doch Terminverzögerungen im Flugplan der Raumfähren durch das Challenger-Unglück im Januar 1986 verzögerten die Rückholaktion um vier Jahre. Die Frankfurter Wissenschaftler sind über die ungewollte Verlängerung der Experimentierphase nicht böse; sie sehen darin eine unerwartete Chance, die Samen und Pilzsporen unter extremen Dauerbedingungen im Kosmos zu testen. Ende März werden die Versuchsobjekte in Frankfurt zurück erwartet, Mitte April hofft Kranz, erste biologische Ergebnisse vorlegen zu können.

Da die Strahlenbelastung auf die Samen etwa 200 mal so stark gewesen sein dürfte, wie bei den Kurzaufenthalten von circa zwei Wochen, rechnet Kranz damit, daß doch etwa die Hälfte der Versuchsobjekte überlebt hat. Es ist außerdem davon auszugehen, daß ihre Erbsubstanz in unterschiedlich starkem Maße geschädigt ist. Diese Strahlenschäden werden zum überwiegenden Teil von Protonenschauern der Sonne und hoch beschleunigten Schwerionenpartikeln erzeugt, die vom Verpackungsmaterial fast gar nicht abgeschirmt werden. Die Erbsubstanz wird schon durch diese Kleinstgeschosse der kosmischen Partikelstrahlung lokal verändert.

Diese Pflanzenversuche haben zwei Ziele: Sie sollen dazu beitragen, vertretbare Belastungswerte für längere Aufenthalte auch von Menschen im All zu ermitteln. Außerdem können Experimente mit Samen auch Aufschluß darüber geben, ob und wie Pflanzenzüchtung im Weltraum möglich ist, die später vielleicht die Eigenversorgung der Astronauten mit Nahrungsmitteln sicherstellen könnte.

Sprachliche Kriterien für Studien- und Prüfungsordnungen

Studien- und Prüfungsordnungen dienen nicht zuletzt der Orientierung von Studierenden. Dieser Zweck wird von manchen Vorlagen der Fachbereiche, die den Ständigen Ausschuß I passieren (sollen), keineswegs immer erfüllt. Manche Texte bereiten selbst langjährig hier Tätigen arge Verständnisschwierigkeiten. Um so erfreulicher ist es darum, wenn eine Ordnung intern wie extern ob ihrer sprachlichen Klarheit ausdrücklich Lob erntet.

Nachdem die Diplomstudienordnung der Mathematiker bereits 1989 im zentralen Lehr- und Studienausschuß wegen ihrer Sprache gelobt wurde, hat sich inzwischen auch das Wissenschaftsministerium in seinem Zustimmungserlaß geäußert.

„Die Ordnung hebt sich wohltuend von anderen in letzter Zeit vorgelegten Ordnungen ab, da sie klar gegliedert ist, übersichtlich und daneben auch für die Studenten gut verständlich sein dürfte. Ich würde es begrüßen, wenn andere Fachbereiche sich

an der Studienordnung des Fachbereichs Mathematik orientieren könnten.“

Vizepräsident Schlosser hat in der Ausschußsitzung am 11. Januar den Mathematikertext allen Fachbereichen als Anregung für eine verständliche Sprachgestaltung neuer Ordnungen empfohlen. Frau Dekanin Lauerbach (FB 10) sah in diesem Text darüber hinaus auch empfehlenswerte Lösungen für die Vermeidung geschlechtsdiskriminierender Bezeichnungen, die im Ständigen Ausschuß I in dersel-

ben Sitzung als ausdrückliches Kriterium für die Annahme neuer Ordnungen beschlossen wurde.

DFG-Mittel

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat Prof. Dr. Detlef Wotschke (Fachbereich Informatik) zur Durchführung eines Forschungsvorhabens in den USA eine Reisebeihilfe bewilligt. Das Thema des Forschungsvorhabens lautet: Darstellungskomplexität bei Formalen Strukturen.

Wahllokale für die Urnenwahl

Konvent und Fachbereichsräte:
6. und 7. Februar, jeweils 9.00 bis 16.00 Uhr

Fachbereiche	Wahllokale
1 Rechtswissenschaft 7 Philosophie 17 Geowissenschaften 18 Geographie Verwaltung und nicht fachbereichsgebundene Einrichtungen	Erdgeschoß des Juridicums gegenüber der Pfortnerloge
2 Wirtschaftswissenschaften 21 Sportwissenschaften und Arbeitslehre	Hauptgebäude, Erdgeschoß, Vorraum des Dekanats Wirtschaftswissenschaften
3 Gesellschaftswissenschaften 4 Erziehungswissenschaften 5 Psychologie 6a Evangelische Theologie 6b Katholische Theologie	Turm, Foyer im Erdgeschoß
8 Geschichtswissenschaften 9 Klassische Philologie und Kunstwissenschaften 10 Neuere Philologien 11 Ost- und Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften	Institut für Deutsche Sprache und Literatur II, Gräfstr. 76, 2. OG
12 Mathematik 13 Physik 15 Biochemie, Pharmazie und Lebensmittelchemie 20 Informatik	Robert-Mayer-Straße 2—4 Foyer im Erdgeschoß
14 Chemie	Chemische Institute in Niederursel, Raum B 207
16 Biologie	Vorraum zum Großen Hörsaal der Biologischen Institute
19 Humanmedizin	Clubraum des Personalkinos, Haus 35

Studentenparlament und Fachschafftsräte:
5. bis 7. Februar, jeweils 9.30 bis 15.30 Uhr

Fachbereiche	Wahllokale
1 Rechtswissenschaft 7 Philosophie 17 Geowissenschaften 18 Geographie	Juridicum, Senckenberganlage 31, Erdgeschoß, Cafeteria
2 Wirtschaftswissenschaften 21 Sportwissenschaften und Arbeitslehre	Hauptgebäude, Mertonstraße 17, Erdgeschoß, vor dem Dekanat Wirtschaftswissenschaften
3 Gesellschaftswissenschaften 4 Erziehungswissenschaften 5 Psychologie 6a Evangelische Theologie 6b Katholische Theologie	Turm, Senckenberganlage 15, Erdgeschoß, Foyer
8 Geschichtswissenschaften 9 Klassische Philologie und Kunstwissenschaften 10 Neuere Philologien 11 Ost- und Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften	Philosophicum, Gräfstraße 76, Erdgeschoß
12 Mathematik 13 Physik	Physikalisches Institut Robert-Mayer-Straße 2—4, Foyer
14 Chemie 15 Biochemie, Pharmazie und Lebensmittelchemie 16 Biologie 20 Informatik	5. 2.—7. 2.: Physikalisches Institut, Robert-Mayer-Straße 2—4, Foyer nur 5. 2.: Zoologisches Institut, Siesmayerstr. 70, Treppenaufgang zum Großen Hörsaal Biologie nur 6. 2.: Chemische Institute, Niederurseler Hang, EG, Eingang nur 7. 2.: Institut für Pharmazeutische Chemie, Georg-Voigt-Straße 14, EG, Eingang
19 Humanmedizin	Klinikum Personalkino, Haus 35, 2. OG, Mensa, Garderobe

9. Frankfurter Wirtschaftsgeographisches Symposium

Nordamerika Staatshandeln und räumliche Entwicklungen

Beiträge in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Nordamerika-Forschung (ZENAF) der Universität Frankfurt

Freitag, 9. Februar 1990, im Geowissenschaftlichen Hörsaal, Senckenberganlage 34—36

9.30 Begrüßung

9.45 Prof. Dr. Franz Gress: Die Veränderung des föderalistischen Systems der USA und der Wiederaufstieg der Staaten.

10.30 Prof. Dr. Volker Albrecht: Nationale Einheit und kulturelle Vielfalt in den USA — Aufzeigt am Beispiel der Hispanics im Südwesten.

11.45 Prof. Dr. Gerald Gruber: Mexican Americans als legale und illegale Einwanderer in der Wirtschaft Kaliforniens.

14.30 Prof. Dr. Heinrich Lamping: Bergbaustädte in privater und öffentlicher Trägerschaft — Beispiele aus Kanada und Australien.

15.15 Prof. Dr. Hans-Günter Niemi: Ölgewinnung und Umweltschutz im Athabaska Ölsandgebiet Albertas.

16.00 Cand. geogr. Bernhard Rauch: Ölwirtschaft versus Umweltschutz: Der Staat von Alaska zwischen Selbstbestimmung und Außenlenkung — am Beispiel des Exxon-Valdez-Unfalls.

Die jeweilige Vortragszeit schließt die Diskussion ein.

Veranstalter: Institut für Wirtschafts- und Sozialgeographie der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main.

Bedauerlicher Fehler in der Wahlausgabe des Uni-Report

In der Wahlausgabe des Uni-Report ist auf Seite 9 ein Fehler gedruckt worden, den Herausgeber und Redaktion sehr bedauern, aber nicht zu verantworten haben:

Die LINKE LISTE/Undogmatische Linke heißt dort fälschlicherweise LINKE LISTE/Undemokratische Linke.

Im Fahnenabzug, der der Redaktion zur Korrektur vorlag, war die falsche Schreibweise „Linke Liste“ durch Unterstreichen und den Vermerk ‚veral‘ in richtig „LINKE LISTE“ geändert worden. Die Druckerei hat dann leider den zweiten Teil des Namens verunstaltet.

Uni-Report: Termine für das Sommersemester

Für das Sommersemester sind folgende Erscheinungstermine geplant (in Klammern Redaktionsschluß):

25. 4. (17. 4.), 9. 5. (2. 5.), 23. 5. (14. 5.), 6. 6. (28. 5.), 20. 6. (11. 6.), 4. 7. (25. 6.).

UNI-REPORT

Zeitung der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M. Herausgeber: Der Präsident der Universität Frankfurt am Main.

Redaktion: Reinhard Heisig, Pressestelle der Universität, Senckenberganlage 31, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt am Main 11, Telefon: (069) 7 98 - 25 31 oder 24 72. Telex: 4 13 932 unif d. Telefax (069) 798-8383.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, 6000 Frankfurt 1.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Uni-Report erscheint alle zwei Wochen am Mittwoch mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt.

Günter Grass: Schreiben nach Auschwitz

Einer der wenigen zeitgenössischen deutschen Schriftsteller von internationaler Prominenz ist Gastdozent für Poetik in diesem Wintersemester: Günter Grass wird am Dienstag, 13. Februar 1990, um 18 Uhr im Hörsaal VI lesen. Der Titel seiner Vorlesung, „Schreiben nach Auschwitz“, deutet an, daß die Zuhörer wohl kaum akademische Dichtungstheorie erwartet.

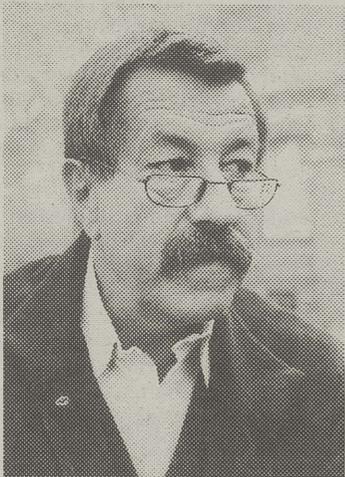
Wenn sich Grass offensichtlich auf Theodor W. Adornos oft (verkürzt) zitierten Gedanken über die Unmöglichkeit, nach Auschwitz Gedichte zu schreiben, bezieht, dann verweist der Schriftsteller auf den — häufig und aus verschiedensten Gründen Aufsehen und Ärgernis erregenden — politischen und moralischen Aspekt seines Schreibens.

Günter Grass wurde 1927 in Danzig geboren und studierte Bildhauerei und Graphik in Düsseldorf und Berlin. Er debütierte als Schriftsteller mit Lyrik (1956 erschien die Gedichtsammlung „Die Vorzüge der Windhühner“) und Dramen. Bis 1958 wurden sechs Theaterstücke veröffentlicht, darunter „Noch 10 Minuten bis Buffalo“ (1954) und „Die bösen Köche“ (1957), das groteske Spiel um Abhängigkeiten und Intrigen. 1959 erschien der Roman, der für Grass den künstlerischen Durchbruch bedeutete.

„Die Blechtrommel“, die fiktive Autobiographie des aus eigener Entscheidung kleinwüchsig gebliebenen Oskar Matzerath, die unbarmherzige, sprachlich virtuose Schilderung der Danziger Kleinbürgerwelt wurde ein Erfolg — und ein Skandal. Wie sehr die gesellschaftskritische Bestandsaufnahme provozierte, wie sehr gerade die Darstellung von Sexualität als Tabuverletzung empfunden wurde, zeigte sich zum Beispiel, als sich der Senat Bremens 1960 weigerte, der Entscheidung der Jury zuzustimmen, die Grass für die „Blechtrommel“ den Literaturpreis der Stadt zuerkannt hatte. Vorerst blieb Danzig für Grass der örtliche Bezugspunkt, die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Krieg der historische Rahmen — „Katz und Maus. Eine Novelle“ (1961) und der Roman „Hundejahre“ (1963) vervollständigten die „Danziger Trilogie“.

Grass begann, sich konkret politisch zu engagieren, seine Arbeit

in diesem Bereich war besonders mit einer Person verbunden: Willy Brandt. Seit dieser 1961 erstmals als sozialdemokratischer Kanzlerkandidat im Bundestagswahlkampf antrat, war Grass als Redenschreiber und Wahlkampfshelfer aktiv, die von ihm mitgegründete „Sozialdemokratische Wählerinitiative“ trug sicherlich nicht unerheblich zum erfolgreichen progressiven Image der SPD in den Bundestagswahlkämpfen 1969 und 1972



Günter Grass
(Bild: foto-studio-rama)

bei. Der parteilose Schriftsteller (erst 1982 trat er der SPD bei) äußerte sich aber schon 1973 öffentlich enttäuscht über die Regierung Brandt, ein vielbeachtetes Signal der Distanzierung eines Intellektuellen, dem wie vielen anderen das sozialdemokratische Reformpathos dieser Jahre zunehmend unglaubwürdig erschien.

Auch in seinen literarischen Arbeiten nahmen explizit politische Fragen einen immer größeren Raum ein: Das Theaterstück „Die Plebejer proben den Aufstand“ (1966) spielt auf Bertolt Brecht und den Aufstand vom 17. Juni 1953 an, der Roman „örtlich betäubt“ (1969) hat Notwendigkeit und Fragwürdigkeit von Engagement, Protest und Widerstand zum Thema, seine Erfahrungen als Wahlkampfshelfer der SPD beschrieb Grass dann in „Aus dem Tagebuch einer Schnecke“ (1972). 1977 hatte Grass mit dem Roman „Der Butt“ noch einmal einen großen Erfolg, hervorragende Kritiken und hohe Verkaufszahlen, 1979 folgte „Das Treffen in Telgte“, „Kopfgeburten oder Die Deutschen sterben aus“ (1980), der Roman „Die Rättin“ (1986) mit seinen apokalyptischen Phantasien und „Zunge zeigen“ (1988), ein Band, der Tagebucheinträge,

einen Gedichtzyklus und auch Zeichnungen enthält, die während einer Indienreise entstanden. Daß sich Grass nie ausschließlich als Schriftsteller verstand, daß seine Metaphern- und Symbolsprache mit seinen zeichnerischen und graphischen Arbeiten unmittelbar in Verbindung steht, wird auch die Ausstellung zu Leben und Werk verdeutlichen, die am Dienstag, 13. Februar 1990, um 17 Uhr, also eine Stunde vor Vorlesungsbeginn, in der Stadt- und Universitätsbibliothek eröffnet wird.

Im Sommersemester 1990 wird die Stiftungsgastdozentur Poetik wieder im üblichen Rahmen stattfinden (aufgrund der vielen Veranstaltungen zum 75jährigen Jubiläum der Universität wird im Wintersemester nur der Einzelvortrag von Günter Grass angeboten). Der Gastdozent im kommenden Semester wird Hans Christoph Buch sein, der seine Vorlesungen am 24. April, am 8., 15., 22. und 29. Mai „Die Nähe und die Ferne — Bausteine zu einer Poetik des kolonialen Blicks“ überschrieben hat.

Martin Spiele

(Die Gastdozentur Poetik wird gefördert durch die Vereinigung von Freunden und Förderern der Universität.)

Rolf-Sammet-Stiftungsgastprofessur der Hoechst AG

Prof. Dr. Dr. h.c. Hans Georg von Schnering

Direktor am Max-Planck-Institut für Festkörperforschung, Stuttgart

Übersichtsvortrag:

Das Molekulare im Kollektiven

Mittwoch, 7. Februar, um 17.15 Uhr im Großen Hörsaal der Chemischen Institute, Niederurseler Hang

Vorlesungen:

Struktur und Eigenschaften fester Stoffe

13., 15., 20. und 22. Februar sowie 3. April 1990 jeweils um 16.00 Uhr im Großen Hörsaal der Chemischen Institute, Niederurseler Hang

Öffentlicher Vortrag:

Die Krümmung chemischer Strukturen

Freitag, 20. April 1990, um 16.00 Uhr in der Aula der Universität, Mertonstraße 17 (Hauptgebäude)

Reintegrationsprogramm

Das Deutsche Institut für Tropische und Subtropische Landwirtschaft in Witzenhausen/Kassel führt ein Programm zur Förderung der Rückkehr und beruflichen Eingliederung von Hochschulabsolventen aus Entwicklungsländern in ihre Heimat durch. Das 6monatige Programm richtet sich besonders an Promovierte, die eine Tätigkeit in Lehre und Forschung anstreben, und beinhaltet ein Stipendium, eventuell einen Familienzuschuß und einen Zuschuß zu den Rückreise-

kosten und zu den Schreib- und Druckkosten der Dissertation. Der nächste Kurs beginnt am 1. April 1990.

Weitere Informationen bei: Deutsches Institut für Tropische und Subtropische Landwirtschaft, Steinstraße 19, 3430 Witzenhausen, Telefon 0 55 42 / 80 47, oder bei: John-Andrew Skillen, Zentrale Studienberatung, Sozialzentrum/Neue Mensa, 5. Stock, Zi. 527, Telefon 7 98 - 22 63.

Wissenschaftsgeschichte seit 1900

Prof. Dr. Hubert Markl, Bonn:
Orientierung durch Wissenschaft oder Orientierung der Wissenschaft

Der Glaube an den unbegrenzten Fortschritt durch Wissenschaft und Technik prägte dieses Jahrhundert. Die Vorlesung in der Reihe zur Wissenschaftsgeschichte seit 1900 handelt von der Wissenschaftsentwicklung in der Gegenwart. Der Vortrag von Professor Hubert Markl bildet den Abschluß eines Rückblickes auf die Entwicklung einzelner Wissenschaftszweige im 20. Jahrhundert, resümierte Professor Klaus Ring, Präsident der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Hubert Markl, Professor für Zoologie, ist seit 1986 Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Offensive Nachwuchsförderung im wissenschaftlichen Bereich, die Beschäftigung mit Fragen der Wissenschaftspolitik, der Wissenschaftsentwicklung und Wissenschaftsethik sind für ihn Schwerpunkte seiner Tätig-

keit. Ein Ziel seiner Arbeit ist es, sich darüber Gewißheit zu verschaffen, was Wissenschaft leistet und was sie braucht. Er ist der Meinung, daß die Wissenschaft an einer Lösung dieser Fragen selbst mitarbeiten muß.

Neunzig Jahre Wissenschaft haben die Welt verändert und geprägt, so Markl. Von der anfänglichen Begeisterung und dem unbedingten Glauben an eine Wissenschaft, die zum Besseren führt, ist nicht mehr viel übrig. Fünf verschiedene Perspektiven ergeben sich aus dieser Entwicklung: Ohne Wissenschaft bzw. wissenschaftlich geleitete Technik wäre die ökonomische Produktivität nicht möglich gewesen. Doch diese hochentwickelte Technologie zeigte auch ihre negativen Seiten — nicht zuletzt in den beiden Weltkriegen. Durch die Wissenschaft und dem damit einhergehenden Fortschritt der Zivilisation verdreifachte sich die Weltbevölkerung, und die Lebenserwartung stieg um das Doppelte. Die Existenz der Menschheit ist bedroht durch den Kollaps unseres Ökosystems. Die Zerstörung der Biosphäre ist eine Folge des allzu sorglosen Umgangs mit den Errungenschaften des Fortschritts.

Die Macht und der Einfluß der Wissenschaft auf den Weltfrieden, die Natur und die Menschen sind enorm, so Markl. Je anwendungsmächtiger die Wissenschaft wird, desto interessloser muß sie ihre Ziele verfolgen. Darin liegt ihre Kraft und Gefahr. Aus diesem Grund braucht die Wissenschaft Orientierung, betont Markl. Sie ist vergleichbar mit einem Schiff auf hoher See, das einen Kapitän benötigt, der mit Kenntnissen und Fertigkeiten hilft, den Kurs zu bestimmen. Orientierung setzt Wissen voraus über den momentanen Standpunkt und das zukünftige Ziel. Die Wissenschaft zeichnet sich dadurch aus, daß ihre Erkenntnisse für andere überprüfbar und nachvollziehbar sind. Inwiefern

eine Annäherung an die Wahrheit dabei stattfindet, muß offen bleiben. Die Forschung dient als Methode der Wissenschaft.

Zuverlässige und anerkannte Aussagen, die von einer Mehrheit erfahrener Wissenschaftler bestätigt wurden, sind jedoch nur solange gültig, bis ein Gegenbeispiel erbracht wird. Markl erläutert diesen Prozeß der wissenschaftlichen Erkenntnisgewinnung an einem Beispiel: Peter Duesberg, ein Virologe, bezweifelt, daß das HIV-Virus der Erreger von Aids ist. Es gelang ihm jedoch nicht, diese Annahme zu beweisen. Erst stichhaltige Gegenbeispiele können seine These entkräften. Findet er hingegen überzeugende Beweise für seine Theorie, kann morgen schon die herrschende Forschungsmeinung veraltet sein.

Die Unabhängigkeit der Überprüfung von wissenschaftlichen Aussagen ist ein wichtiger Aspekt in der Wissenschaft. Aus diesem Grund muß sich die Gesellschaft ein gut ausgestattetes Forschungssystem leisten können, welches diese Unabhängigkeit gewährleistet. Dazu gehört außer der objektiven Information über wissenschaftliche Erkenntnisse die Möglichkeit der uneingeschränkten Veröffentlichung. Neben diesen sachbezogenen Aspekten der Wissenschaft spielt die Auswahl der Wissenschaftler eine entscheidende Rolle. Alleiniges Auswahlkriterium soll neben der Ehrlichkeit ihre wissenschaftliche Leistung sein. Motivationen und Antriebe, die den wissenschaftlichen Ehrgeiz beeinflussen, stehen für Markl an untergeordneter Stelle.

Um unserem Handeln Ziele setzen zu können, braucht man die Wissenschaft, so Markl. Es kann aber nicht Aufgabe der Wissenschaft sein, Lebensziele zu geben. Was Wissenschaft lehrt, bedarf der Besinnung. Sie soll als Dienerin uns helfen, das Leben besser zu verstehen.

Sabine Raaf

Deutsch-Ungarische Pilotstudie

Seit Dezember arbeitet eine Arbeitsgruppe in Budapest unter der Leitung von Dr. György Könczei, Karl-Marx-Universität, und Dr. Gyula Tellér, Institut für Genossenschaftswesen, zusammen mit Frank Heider, Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, an einer Pilotstudie über den Vergleich von selbstverwalteten Betrieben in der Bundesrepublik Deutschland und neuen Kooperativen in Ungarn.

Mit einer den ungarischen Verhältnissen entsprechenden Modifikation des Fragebogens der hessischen Untersuchung über selbstverwaltete Betriebe werden 50 Interviews durchgeführt. Mitte des Jahres soll ein gemeinsamer Bericht erstellt werden als Basis für eine eventuell größere und repräsentativere Untersuchung unter Einschluß sowjetischer KollegInnen zum Thema neue Kooperativen in der UdSSR.

Rückmeldung zum Sommersemester 1990

Jeder Student, der sein Studium an dieser Universität im nächsten Semester fortsetzen will, muß sich in der gesetzlichen Frist zurückmelden.

Rückmeldefrist: bis 1. März 1990

Die Rückmeldung wird mit einem Formular beantragt, das jedem Studenten bei der letzten Rückmeldung bzw. Immatrikulation ausgehändigt wurde; Ersatzformulare sind im Studentensekretariat erhältlich.

Dem Antrag ist beizufügen:

- die Krankenversicherungsbcheinigung für das Sommersemester 1990
- der Zahlungsnachweis über DM 60,— für die studentischen Beiträge
- der Studentenausweis

Eine verspätete Rückmeldung ist nur bis zum ersten Vorlesungstag im Sommersemester 1990 am 17. April 1990 (Nachfrist) und nach Zahlung einer Säumnisgebühr von 20,— DM möglich.

Die Mitarbeiter im Studentensekretariat bitten daher alle Studierenden um möglichst frühzeitige Rückmeldung.

Frauen-Förderung an der Uni

Auf der Vollversammlung der Frauen an der Universität Frankfurt am 14. 12. 1989 wurde u. a. beschlossen, alle Listen, die sich zur Konventswahl stellen, zu einer Stellungnahme zur Frauenförderung aufzufordern, um diese zu veröffentlichen. Wir haben diese Aufforderung weitergeleitet. Bislang sind folgende Stellungnahmen bei uns eingetroffen (in alphabetischer Reihenfolge):

— Stellungnahme der Liste „Fördert Frauen in der Wissenschaft“ (Gruppe der Wissenschaftlichen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen)

Unsere Liste ist mit dem erklärten Ziel der Frauenförderung angetreten und wir arbeiten seit Beginn in der Konventskommission zur Erarbeitung des Frauenförderplanes mit. Daher ist es selbstverständlich, daß wir die Konzeption des Planes mittragen. Da wir den Frauenförderplan für ein wesentliches Instrument zur Verwirklichung von Frauenförderung halten, werden wir uns für die Verabschiedung des Planes im Konvent und seine konsequente Anwendung einsetzen.

— Stellungnahme der Liste „DIE GRÜNEN an der UNI“ (Gruppe der Studenten/Studentinnen)

Die GRÜNEN an der UNI freuen sich, daß der Frauenförderplan jetzt vorliegt und hoffen darauf, daß er bald alle Hürden der Universitätsgremien nimmt. Dieser Frauenförderplan erfüllt nicht nur seine Aufgabe, aufzuzeigen, wie Frauen in allen Bereichen der Universität gefördert werden können, sondern macht darüber hinaus noch deutlich, wie eine demokratisch strukturierte Universität aussehen könnte. Wo z. B. im Konvent immer eine Professorenmehrheit schon im Ansatz angelegt ist, wird der zukünftige Frauenrat keine der Statusgruppen mehr bevorzugen. Vielleicht kann der Frauenrat damit auch eine Vorbildfunktion in Sachen Demokratie für andere Universitätsgremien übernehmen. Wir würden uns darüber freuen. Bis dahin wird es jedoch noch schwere Hindernisse zu überwinden geben. Die schwierigste Hürde wird dabei wohl der Konvent sein. Dort wird sich zeigen müssen, ob Professoren/innen und Männer bereit sind, einige ihrer Vorzüge zugunsten einer demokratischen Frauenförderung aufzugeben. Auf ihren Lippen spazieren führen sie die Gleichberechtigung und Frauenförderung ja alle. In den nächsten Monaten wird sich aber an diesem Frauenförderplan zeigen müssen, wie ernst ihnen diese Bekenntnisse sind. Dabei werden nicht nur politische Vorbehalte geäußert werden, sondern sich auch viele persönliche Ängste offenbaren. Wenn der Frauenförderplan dann die Gremien passiert hat, geht die Arbeit wohl erst richtig los. Einiges in dem Plan klingt noch ein wenig hölzern und es muß sich erst zeigen, wie es sich in der Praxis bewährt. Gerade die Frage der Umsetzung sollte in den nächsten Monaten noch stärker diskutiert werden, damit ein zu befürchtender Praxisschock nicht eintritt. In diesem Sinne wünschen die GRÜNEN an der UNI dem Frauenförderplan viel Erfolg.

— Stellungnahme der Liste „Liberaler Hochschulreform“ (Gruppe der Professoren/Professorinnen)

Selbstverständlich verfolgt auch unsere Gruppe, die „Liberaler Hochschulreform“, die Diskussion um eine gezielte Frauenför-

derung mit großer Aufmerksamkeit. In unserem eben verschickten Programm sind wir im Zusammenhang mit den Problemen der Nachwuchsförderung speziell auch auf die Frage der gezielten Förderung von Frauen unter Berücksichtigung der besonderen Situation vieler Frauen eingegangen. Hier scheint uns ein ganz zentraler Punkt zu liegen, wenn man den Anteil der Frauen in Forschung und Lehre steigern und ihre Perspektiven in diesem Bereich dauerhaft verbessern will. Im übrigen sehen wir dem Entwurf eines Frauenförderplans, den die entsprechende Kommission am Ende des Wintersemesters vorlegen wird, schon jetzt mit großem Interesse entgegen.

— Stellungnahme der Listen „NIK“ (Gruppe der Professoren/Professorinnen und Gruppe der Wissenschaftlichen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen)

Sie werden verstehen, daß es uns heute noch nicht möglich ist, eine umfassende Stellungnahme zur Frauenförderung abzugeben. Die Diskussion darüber hat, auch bei uns, gerade erst begonnen. Wir stellen uns darauf ein, daß die vom Konvent eingesetzte Kommission zur Erarbeitung eines Frauenförderplans für die Universität Frankfurt bis zum Ende dieses Semesters ein Arbeitsergebnis vorlegt, durch das diese Diskussion auf eine verbindliche Grundlage gestellt wird. Wir betonen zugleich, daß wir die Einsetzung der Kommission sehr unterstützt haben und daß wir alles tun werden, um im Zuge der jetzt notwendig werden Beratungen zu einem Resultat zu kommen, das den legitimen Interessen an einer Frauenförderung an dieser Universität entspricht. Wir verweisen insoweit auch auf den Wahlauftrag der NIK-Gruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter im „UNI-Report“.

— Stellungnahme der Liste „ÖTV“ (Gruppe der Sonstigen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen)

Die Frage nach der Frauenförderung ist für uns verbunden mit der Frage nach Demokratisierung. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern, die, grob gesagt, den Frauen Aufgaben in der Erziehung der Kinder sowie der Pflege der Familien- und Sozialbeziehungen zuweist und den Männern die des Broterwerbs ist zutiefst undemokratisch: Frauen sind dadurch in ihrer beruflichen/gesellschaftlichen Entwicklung benachteiligt, Männer bleiben ausgeschlossen von der Notwendigkeit, sich um die Grundlagen und die Ausgestaltung sozialen Lebens zu bemühen. Demokratisierung meint, daß neue Arbeitsstrukturen und -verhältnisse gebildet werden müssen, die ausgehen von der gleichen Verantwortlichkeit von Frauen und Männern für ihre soziale und berufliche Existenz. Vor diesem Hintergrund zielt, um ein Beispiel zu nennen, unsere Forderung nach Arbeitszeitverkürzung stärker auf die Aufhebung der herrschenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung als die Forderung nach mehr Teilzeitarbeitsplätzen, die in der Regel von Frauen wahrgenommen werden. Frauenförderung an der Universität Frankfurt bedeutet nach unserer Vorstellung

— der Frage nachzugehen, warum hauptsächlich Männer (Wissenschaftler und Verwalter) hochdotierte Stellen innehaben, die Mehrzahl der Frauen aber auf gering bezahlten Stellen arbeiten;

— der Frage nachzugehen, warum es an der Universität einen typischen Frauenberuf gibt (Sekretärin), obwohl dieser im öffentlichen Dienst gar nicht existiert;

— der Frage nachzugehen, warum Frauen in Konflikten mit (meist männlichen) Vorgesetzten diesen Konflikt häufig nicht anders als durch ihre Kündigung bzw. vorzeitige Verrentung zu lösen versuchen müssen.

Es wäre falsch, würden wir ÖTV'ler behaupten wollen, das Thema Frauenförderung sei für uns selbstverständlich und vollkommen unproblematisch. Als Gewerkschaftsmitglieder haben wir damit ebenso Probleme wie andere Institutionen auch. Dennoch sehen wir in der Notwendigkeit der Frauenförderung gerade auch die Möglichkeit, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für Frauen und Männer durchzusetzen. Daher werden wir dieses Vorhaben nach Kräften unterstützen.

Die Konventsfrauenkommission

2. Aktionskonferenz

Am 10./11. 2. 1990 wird die 2. bundesweite Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus in der Johann Wolfgang Goethe-Universität stattfinden. Veranstalter sind der bundesweite Arbeitsausschuß gegen Neofaschismus und Rassismus und der AStA der Johann Wolfgang Goethe-Universität. Weitere Informationen im AStA (StudentInnenhaus, Mertonstr. 26—28) oder beim Arbeitsausschuß (Adresse s. unten).

Die Veranstaltung wird unterstützt vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt.

Aufruf zur 2. bundesweiten Aktionskonferenz gegen Neofaschismus und Rassismus am 10./11. Februar 1990 in Frankfurt

Angesichts der historischen Erfahrungen, die unser Land mit Rassismus, der Verfolgung Andersdenkender und der Beseitigung demokratischer und freiheitlicher Normen gemacht hat, gilt es, für eine Politik einzutreten, die der Demagogie der Rechtsextremen und Neofaschisten den Boden entzieht. Wir treten ein für eine humane Orientierung von Politik und Gesellschaft, für mehr Demokratie, soziale Gerechtigkeit und gleiche Rechte für alle.

Der Aufschwung des rechtsextremen und neofaschistischen Lagers ist eine zentrale Herausforderung für alle Menschen, die eine emanzipatorische, demokratische und soziale Gesellschaft anstreben. Ausländerfeindliche, nationalistische und den sozialen Neid schürende Agitation verhilft diesen Gruppen — vor allem den sogenannten Republikanern — zum Einzug in die Parlamente. Es ist ein besonderes Alarmzeichen, daß nach den Wahlerfolgen der DVU-Liste D in Bremen, der REP in Berlin und der NPD in Frankfurt die REP bei den Europawahlen sich bundesweit durchsetzen konnten. Die Gefahr ist groß, daß sich dieser Trend bei den in diesem Jahr anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen fortsetzt und damit die Voraussetzungen geschaffen werden, daß die REP nach den Bundestagswahlen im Dezember 1990 in den Bundestag einziehen können. Die Wahlerfolge der Neofa-

Elisabeth-Selbert-Preis 1990

Wissenschaftspreis dotiert mit 20 000,— DM.

Einsendeschluß: 28. Februar 1990

In Anerkennung hervorragender wissenschaftlicher Leistungen, die das Verständnis für die besondere Situation der Frau und die Notwendigkeit einer partnerschaftlichen Entwicklung in der Gesellschaft fördern, vergibt die Hessische Landesregierung auch 1990 wieder den „Elisabeth-Selbert-Preis“ für eine wissenschaftliche Arbeit. Der Preis ist mit 20 000,— DM dotiert und wird im Oktober durch den Hessischen Ministerpräsidenten überreicht. Er kann sowohl als Hauptpreis als auch in Form mehrerer Preise vergeben werden.

Die wissenschaftlichen Arbeiten, die von einer Jury beurteilt werden, müssen an hessischen Hochschulen eingereicht worden sein bzw. an hessischen Hochschulen im Bereich der Forschung oder an Instituten, deren Sitz in Hessen liegt und die überwiegend Forschungsaufgaben dienen, erarbeitet worden sein. Sie müssen in siebenfacher Ausfertigung mit einer Zusammenfassung eingereicht werden. Die Arbeiten müssen innerhalb der letzten zwei Jahre vor Einsendeschluß der Vorschläge fertiggestellt bzw. eingereicht oder veröffentlicht worden sein. Es können nur solche Arbeiten berücksichtigt werden, deren Druck eindeutig lesbar ist.

Vorschläge sind zu senden an: Die Bevollmächtigte der Hessischen Landesregierung für Frauenangelegenheiten, Gustav-Freytag-Straße 1, 6200 Wiesbaden.

schisten/extremen Rechten sind auch Ausdruck einer verfehlten Politik. Dringende ökonomische, vor allem soziale und ökologische Probleme werden von der herrschenden Politik nicht ernsthaft angegangen. Insbesondere junge Menschen erfahren, daß ihre Zukunft gefährdet ist.

Die aktuellen Auseinandersetzungen zeigen, daß die rechtsextremen und neofaschistischen Kräfte schon jetzt zu einem politischen Faktor geworden sind und erhebliche Wirkung auf die anderen Parteien, vor allem die CDU/CSU haben.

Zur Abwehr ausländerfeindlicher und nationalistischer Tendenzen setzen wir uns beispielsweise für das kommunale Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer, ein humanes Ausländerrecht und eine Garantie des Rechts auf Asyl gemäß Art. 16 GG ein und lehnen jegliche Grenzdebatten als Gefahr für den Frieden in Europa ab.

Wir brauchen als antifaschistische Bewegung Phantasie und Mut, um uns mit Wort und Tat einzumischen. Dabei wollen wir den Weg weitergehen, den wir mit der 1. bundesweiten Aktionskonferenz in Bremen eingeschlagen haben. Das heißt, in möglichst breiten Bündnissen mit gemeinsamen Forderungen und vielfältigen Formen in die politischen Prozesse eingreifen und gleichzeitig unsere positiven Alternativen erarbeiten und durch entsprechende Aktionsformen wie symbolische Wahlen für Ausländer, Realisierung kommunaler Programme und antifaschistischer Feste in der Politischen Kultur unseres Landes zu verankern.

Deshalb rufen wir zur 2. bundesweiten Aktionskonferenz gegen

Neofaschismus und Rassismus am 10./11. Februar 1990 in Frankfurt auf. Wir laden alle Initiativen, demokratischen Organisationen, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, ImmigrantInnenorganisationen, Frauengruppen und alle demokratisch gesinnten Menschen ein, an dieser Aktionskonferenz teilzunehmen.

Wir wollen:

— einen Informationsaustausch über die antifaschistische Arbeit der verschiedenen Gruppen und Organisationen herbeiführen

— unterschiedliche Positionen in Fragen der Einschätzung der rechtsextremistischen und neofaschistischen Gruppen, des Verbots, der Wahlanalysen usw. diskutieren

— Alternativen erarbeiten, die Orientierungen und Zielbestimmungen für die antifaschistische Bewegung und die Politik ermöglichen. So vor allem die Frage, wie, mit welchen Forderungen und Aktionen wir eine multikulturelle, demokratische und solidarische Gesellschaft erreichen

— Handlungsansätze aufzeigen, wie wir in den Kommunen, in den Betrieben, Kirchengemeinden, Schulen und Hochschulen ein antirassistisches und antifaschistisches Klima schaffen

— Beschlüsse für gemeinsame Aktionen fassen, um zu erreichen, daß möglichst wenig Menschen den rechtsextremistischen und neofaschistischen Gruppen ihre Stimme geben und der Einzug der REP in den Bundestag verhindert wird.

Vor allem ist es unser Anliegen, uns gegenseitig besser kennenzulernen, Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten, eine Verbindung von Tradition und Zukunft in der antifaschistischen Arbeit zu erreichen, ohne einen bestimmten Diskussionsstand festzuschreiben zu wollen.

Um auf der Aktionskonferenz zu einem breit getragenen und mobilisierenden Vorgehen zu kommen, wird der Arbeitsausschuß Thesen erarbeiten und zur Diskussion stellen.

Bundesweiter Arbeitsausschuß gegen Neofaschismus und Rassismus Fischerfeldstr. 7—10, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0 69 / 29 98 88 62

AStA der Universität Frankfurt

Theater in der Uni

Studiobühne der Universität Senckenberganlage 27 (Eingang neben Senckenberg-Museum)

Leutnant Gustl

von Arthur Schnitzler
am 31. Januar und 3., 9., 10. Februar, jeweils um 20.30 Uhr

Wohnungsversorgung im Rhein-Main-Gebiet

War noch bis vor kurzem das Schlagwort von der Wohnraumlücke in mancher Munde — 1 Mio. Wohnungen zuviel beklagte der Haus- und Grundbesitzerverband —, stehen wir heute wieder vor einer neuen, „alten“ Wohnungsnot. Ihre vielfältigen Probleme und Erscheinungsformen im prosperierenden Verdichtungsraum Rhein-Main zu bestimmen und zu diskutieren, war Thema des regionalwissenschaftlichen Symposiums „Probleme der Wohnungsversorgung — Das Beispiel Rhein-Main-Gebiet“, das am 16. und 17. November 1989 vom Institut für Kulturgeographie, Stadt- und Regionalforschung und der Gesellschaft für regionalwissenschaftliche Forschung Rhein-Main (REGIO-RHEIN-MAIN) veranstaltet wurde.

Zu dieser aktuellen Thematik waren Vertreter der Stadt Frankfurt, des Umlandverbandes, von Organisationen des gemeinnützigen Wohnungsbaus und von Anbietern und Nachfragern auf dem Wohnungsmarkt eingeladen, um über Ihre Sicht aus der Praxis zu referieren. Das breit gefächerte Publikum von Wissenschaftlern und Studenten nicht nur der Universität Frankfurt sowie Planungspraktikern aller Ebenen, freien Planern und Politikern belegte die große Brisanz des Themas.

Nach der Einführung durch Prof. Dr. E. Tharun (Institut für Kulturgeographie), die auf die besondere Problematik der sektoralen und regionalen Differenzierung des Wohnungsmarktes hinwies, gab Dr. H. Sautter vom Institut für Wohnen und Umwelt (Darmstadt) einen Überblick über die gegenwärtige „Situation und Entwicklungstendenzen auf dem Wohnungsmarkt“. Der jährliche Wechsel von vermeintlichem Wohnungsüberangebot zu akutem Wohnungsmangel habe den Eindruck erweckt, als sei die neue Wohnungsnot wie ein Naturereignis über die Bundesrepublik hereingebrochen. Tatsächlich hat jedoch die Gebäude- und Wohnungszählung im Frühjahr 1987, die 1 Mio. Wohnungen weniger als bisher angenommen auswies, ergeben, daß ein Wohnungsüberschuß in den 80er Jahren nie bestand. Zusätzlich verschärft sich die gegenwärtige Situation einerseits durch die kontinuierliche Schrumpfung des Bestandes an preiswerten Mietwohnungen aufgrund von Modernisierung, Zusammenlegung und Umwandlung in Eigentumswohnungen. Andererseits drängen vermehrt Haushalte in angespannter sozialer und ökonomischer Situation auf den preiswerten Wohnungsteilmarkt. Da in den kommenden Jahren viele Sozialwohnungen ihre Belegungs- und Mietpreisbindung verlieren und damit zu marktüblichen Bedingungen vermietet werden können, drohen sich die sozialen Versorgungsgegensätze vor allem in den Großstadtreionen noch zuzuspitzen. Das neue Wohnungsbauprogramm der Bundesregierung reicht hier — trotz erhöhter Leistungen — nach Auffassung von Dr. Sautter nicht aus, um die Probleme zu lösen. Vielmehr ist die Wiederbelebung des Sozialen Wohnungsbaus sowie die Erhaltung und Sicherung des noch vorhandenen Bestandes an preiswerten Wohnungen gefordert.

Das problematische Verhältnis von Wohnungsneubau und Flächenbedarf im Verdichtungsraum wurde von Dr. W. Pan-

nitschka vom Umlandverband Frankfurt (UVF) thematisiert. Während der Wohnungsneubau im UVF-Gebiet seit Beginn der 80er Jahre auf niedrigem Niveau blieb, steigt die Einwohnerzahl seit einigen Jahren durch Zuwanderung an. Zusammen mit wieder steigenden Haushaltseinkommen entstand so eine rege Nachfrage auf allen Wohnungsteilmärkten. Angesichts des rapiden wirtschaftlichen Aufschwungs im tertiären Sektor und des dadurch ausgelösten dritten Bau-booms seit der Nachkriegszeit in Frankfurt erhob sich die politische Forderung nach Anpassung der landesplanerischen Flächen-disposition an die gesteigerte Attraktivität der Region. Aufgabe des UVF als Träger der Flächennutzungsplanung sei es, zusammen mit der Regionalplanung massiv neue Flächen für Wohnungsbau auszuweisen, Freiflächen sollten zugleich geschont und Reserven im bebauten Bereich intensiver genutzt werden. Diesen z. T. gegenläufigen Forderungen kommt der UVF mit Untersuchungen zu Wirtschaftswachstum und Flächenverbrauch, mit Überlegungen zur Standortförderung im Rahmen der regionalen Entwicklung und mit Studien zum Wohnungsbauproduktionspotential entgegen. Auf die Publikumsfrage, wann sich diese Vorschläge hinsichtlich der Wohnungsversorgung in der Region auswirken, mußte allerdings eingeräumt werden, daß diese Maßnahmen nicht dazu führen, kurzfristig größere Bestände entstehen zu lassen.

Demgegenüber wurden im Vortrag von J. Blumenauer, Immobilienmakler in Frankfurt, eine ganze Reihe von praktischen Vorschlägen gemacht, wie aus der Sicht des Vermittlers die Wohnungsprobleme im Ballungsraum kurzfristig gemindert werden können. Blumenauer, der seinen Beitrag als „pragmatischen Aufruf“ gewertet wissen möchte, sieht das zentrale Problem in der derzeitigen Unflexibilität wohnungspolitischer Lösungsversuche und Konzepte. Die tägliche Beschäftigung mit den Wunschvorstellungen und Forderungen der Wohnungssuchenden, den Vermietern und Anbietern mache deutlich, daß nicht pauschal von Wohnungsnot gesprochen werden könne.

Angesichts der zahlreichen Einzelinteressen müßte mit flexiblen, auch unkonventionellen Konzepten wie einer verstärkten Mobilisierung privaten Kapitals und einem „vernünftigen Wohnungssystem“ reagiert werden. Dem durch neuartige Subventionsverfahren verunsicherten bauwilligen Eigentümer sollten „Problemlösungen ganz einfach und simpel auf den Küchentisch gelegt werden“. Es müsse über Gewerbeflächenumwidmung und Flächenverschwendung in der Stadt nachgedacht werden. Auch könnten öffentliche Kautionsbürgschaften und Umzugsbeihilfen die Mobilität auf dem Wohnungsmarkt erhöhen. Aber auch die Mietgesetzgebung, so Blumenauer, dürfe kein Tabu-Thema mehr sein.

Der voranschreitende Ausbau Frankfurts zur internationalen Bankenzentrale ist für J. Lutz, Vorsitzender des Vereins „Mieter helfen Mietern“ (Frankfurt), die Ursache der gegenwärtigen Konflikte in Stadtentwicklung und Wohnungsversorgung. Das Metropolenmodell des „neuen Frankfurt“ sei zu einer Bedro-

hung der Stadt als Lebensraum geworden. Der Prozeß der Zentralisierung von Arbeitsplätzen führte dazu, daß heute in Frankfurt auf eine Wohnung zwei Arbeitsplätze kommen, ein Verhältnis, das unter bundesdeutschen Großstädten einzigartig ist. Unter dieser Perspektive werde deutlich, daß ein kommunales Wohnungsversorgungskonzept eine konsequente Stadtentwicklungsplanung voraussetzt. Neben der Flächensicherung und Flächenumwidmung für Wohnungsneubau müßten bedrohte Stadtteile durch Erhaltungssatzung und Bebauungspläne gesichert werden. Nicht nur die Sicherung der Sozialmieten im Sozialen Wohnungsbau — insbesondere (Fortsetzung auf Seite 6)

Archiv Bibliographia Judaica — Jahrestagung —

Samstag, 3. Februar 1990, 11.00 Uhr
Große Seestraße 32—34, II. OG

Dieter Brockmeyer:
Über den Antisemitismus in Gustav Freytags Roman „Soll und Haben“

15.00 Uhr

Dr. Thomas Lindner:
Fremdlinge mit dem „Pathos der Ausnahme im Herzen“ — Thomas Manns problematisches Verhältnis zum Judentum

17.00 Uhr

Professor Dr. Dr. Ernst Lustig:
Jüdische Friedhöfe in Schlesien einst und jetzt am Beispiel des alten jüdischen Friedhofs zu Gleiwitz (Lichtbildervortrag)

20.00 Uhr

Wolfgang Jeremias:
Begegnungen mit den Liedern der Ostjuden (mit Tonbandbeispielen)

Theologinnen und Theologen besuchten die DDR

Die gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR haben etwa 30 Studentinnen und Studenten der Universität Frankfurt vor Ort erfahren. Eine Berlin-Exkursion des Fachbereichs Katholische Theologie in Zusammenarbeit mit dem Berliner Bildungszentrum und der Katholischen Hochschulgemeinde führte auch nach Ost-Berlin. Kompetente Zeitzeugen deuteten den gesellschaftlichen Wandel in der DDR und schilderten ihre persönlichen Erfahrungen.

Der Fachbereich Katholische Theologie bietet seit 1980 jeweils im Wintersemester ein praktisch-theologisches Seminar an, das mit einer Studienwoche in Berlin verbunden ist. Das Thema in diesem Semester, „Christliche Praxis in sozialistischen Gesellschaften am Beispiel DDR und Ungarn“, hatte mit dem Umbruch in der DDR eine überraschende Aktualität bekommen. Die eingeladenen Gesprächspartner gingen sehr offen auf die neuen Fragen ein.

Pastorin Hildegard Führ veranschaulichte 44 Jahre Kirchengeschichte in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR mit eigenen Erlebnissen. Die engagierte Seelsorgerin aus Ost-Berlin, die 30 Jahre lang in verschiedenen Positionen der Evangelischen Kirche in der DDR gearbeitet hat, sieht sich selbst im „aktiven Ruhestand“. Sie stellte nicht nur die Marksteine des Weges der Evangelischen Kirche in der DDR dar, sondern versuchte auch, die Vorstellungen der Staatsfunktionäre nach 1945 zu vermitteln. Die früher vom Naziregime verfolgten Kommunisten,

die später die DDR regierten, seien von der Zukunftsvision geleitet worden, eine neue gerechtere Welt zu schaffen. Pastorin Führ sparte die aktuelle Situation in der DDR nicht aus, sondern schilderte die Bedeutung der Kirche für die Oppositionsbewegung.

Weitere Aspekte des gesellschaftlichen Wandels in der DDR konnte der Dresdner Arzt Winfried Hanke beleuchten. Als Augenzeuge der ersten großen Demonstrationen in Dresden berichtete er sehr detailliert über die Schwierigkeiten und die Stimmung bei den Demonstranten. Doktor Hanke, der bei keiner der zahlreichen Fragen seitens der Studenten und Studentinnen passen mußte, erzählte auch von der Übersiedlung naher Familienangehöriger in die Bundesrepublik.

Nach dem politischen Umsturz in der DDR war der Besuch in Ost-Berlin besonders interessant. Die Gespräche mit DDR-Bürgern, die so offen wie nie zuvor möglich waren, zählten zu den eindrucksvollsten Erlebnissen der Berlinfahrer/innen. Die Humboldt-Universität war im Gegensatz zu früheren Jahren allgemein zugänglich. Beim Mittagessen und Kaffeetrinken unterhielten sich die West-Kommilitonen/innen mit den Ost-Kommilitonen/innen über deren Einschätzungen der politischen Lage sowie über allgemeine Schwierigkeiten und geplante Aktionen. Die DDR-Studentinnen und -Studenten hatten ihrerseits viele Fragen über den Blickwinkel der im Westen Studierenden.

Eine weitere Begegnung mit einem DDR-Bürger setzte einen

ganz anderen Akzent. Hanns Cibulka, ein in der DDR bekannter und umstrittener Dichter, leitete bis 1985 die Staatsbibliothek in Gotha und lebt seitdem im Ruhestand. Er las aus seinem in Tagebuchform geschriebenen Werk „Wegscheiden“ und aus bisher unveröffentlichten Gedichten.

Das Thema des theologischen Seminars beschränkte sich nicht auf die DDR, sondern bezog Ungarn als Beispiel für „Christliche Praxis in sozialistischen Gesellschaften“ mit ein. Professor Miklos Tomka, der Leiter des Referats Soziologie und Planung im neu gegründeten Pastoralinstitut in Budapest, war eigens dazu angereist. Er gab einen imponierenden Überblick über die Geschichte Ungarns und betonte, daß sich Ungarn als Land Zentraleuropas, also nicht Osteuropas verstehe. Die katholische Kirche in Ungarn, zu der etwa sieben Millionen Mitglieder zählen, hätte nach 1945 im wesentlichen nur in Basisgruppen überleben können, da viele wichtige Einrichtungen zerstört gewesen seien. Die sogenannten Laien seien auch heute noch existentiell wichtig. Die Basisgruppen seien allerdings in einer schwierigen Situation, da sie sich im Gegensatz zu ihren westlichen Pendanten kaum an die Öffentlichkeit wenden könnten und weil die ungarische Regierung gelegentlich versuche, Amtskirche und Basisgemeinden gegeneinander auszuspielen. Tomka verwies auch auf große Schwierigkeiten im Bildungswesen und auf existentielle ökonomische Probleme vor allem der Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Diese könnten sich in der Regel nicht von einem Beruf ernähren, sondern müßten sich um einen Nebenverdienst kümmern. Der derzeitige Neubeginn Ungarns sei schwieriger als der Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg.

Das religionspädagogische Seminar ist mit der Fahrt nach Berlin noch nicht beendet. Die Seminarteilnehmer/innen werden die Erfahrungen aus Berlin in den kommenden Wochen diskutieren. Für das nächste Wintersemester ist wieder ein Seminar mit einer Studienwoche in Berlin geplant. Die Studierenden werden sich dann voraussichtlich mit der anstehenden Bildungsreform und der religiösen Erziehung in sozialistischen Gesellschaften auseinandersetzen.

MICHAEL NITSCHKE

Workshop Personalwirtschaft

Die Professur für Personalwirtschaft des Instituts für Betriebswirtschaftslehre veranstaltet im WS 1989/90 eine Vortragsreihe mit sechs namhaften Referenten aus der Wirtschaftspraxis. Die Vorträge finden jeweils am Donnerstag, 18 Uhr c. t., im Hörsaal B/Hauptgebäude der Universität (Jügelhaus) statt.

1. 2. 1990 Axel Osenberg, Generalbevollmächtigter — Deutsche Bank AG, Frankfurt: „Personalentwicklung bei der Deutschen Bank“.

8. 2. 1990 Justus Mische, Stellvertretendes Mitglied des Vorstands — Hoechst AG, Frankfurt: „Personalstrategie der 90er Jahre in der Hoechst-Gruppe“.

Im Anschluß an die Vorträge besteht Gelegenheit zur Diskussion. Diskussionsleitung: Professor Dr. Hugo Kossbiel. Die Veranstaltungen sind öffentlich.

EG-Forschungsförderung

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaften hat im 2. Rahmenprogramm für Forschung und technologische Entwicklung (1987—1991) mit einer Gesamtmittelausstattung von ca. 12 Milliarden DM die Schwerpunkte für die Forschungsförderung auf europäischer Ebene festgelegt. Sie umfassen:

- Gesundheit und Umwelt
- Informationstechnologien und Telekommunikation
- Industrietechnologien, Rohstoffe und fortgeschrittene Werkstoffe
- Biotechnologie und landwirtschaftliche Forschung
- nukleare Sicherheit und alternative Energien
- Wissenschaft und Technologie für Entwicklungsländer
- Meereswirtschaft und -technologie

und bestehen z. Z. aus mehr als 40 spezifischen Programmen.

Ein eigener Bereich des Rahmenprogramms dient der generellen Stimulierung neuer Forschungsvorhaben und ihrer Bewertung, aber auch der Zusammenführung des europäischen Forschungspotentials.

Im August 1989 hat die Kommission dem Rat der EG ein drittes Rahmenprogramm 1990—1994 vorgeschlagen, das ergänzend zu den laufenden Maßnahmen „gleitend“ starten soll (EG-Amtsblatt Nr. C 243/4 vom 23. 9. 1989). Seine Ausrichtung soll sich auf nur sechs Schwerpunkte konzentrieren und weniger spezielle Programme beinhalten.

Nach Artikel 130g (EWG-Vertrag) gilt für die EG-Forschungsförderung das Prinzip der Subsidiarität, d. h. von Brüssel soll nur gefördert werden, was von den einzelnen Mitgliedstaaten nicht oder nur unzureichend wahrgenommen werden kann. Die dafür geltenden Kriterien sind im ersten gemeinschaftlichen Rahmenprogramm 1984—1987 beschrieben worden:

- sehr großer Geld- und Personalaufwand
- offensichtliche Kosteneinsparungen gegenüber nationaler Durchführung
- Vorteile aus der Kooperation bei Forschungen in einem größeren Rahmen
- Stärkung des gemeinsamen Marktes, eines einheitlichen europäischen wissenschaftlichen und technischen Raumes sowie zugunsten einheitlicher Normen und Standards.

Die Forschungs- und Technologiegemeinschaft steht in engem Verhältnis zum Europäischen Binnenmarkt. Die Vernetzung des europäischen Forscherpotentials soll mit der wirtschaftlichen Integration Schritt halten und kann nicht getrennt von der Strukturpolitik der EG gesehen werden (Angleichung des wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Standards der einzelnen Mitgliedstaaten). Dies bedeutet aber auch eine Begrenzung der EG-Forschungspolitik, die durch Artikel 130f (EWG-Vertrag) auf das Ziel internationaler Wettbewerbsfähigkeit der EG konzentriert ist. Inwieweit damit auch die Grundlagenforschung Gegenstand der EG-Forschungspolitik ist, wird unterschiedlich beurteilt.

Die speziellen Forschungsprogramme werden öffentlich ausgeschrieben. Die Abwicklung erfolgt durch die Generaldirektionen (GD). So ist z. B. die GD XII für den Bereich Wissenschaft, Forschung und Entwicklung zuständig, die GD XIII für Telekommunikation und Informationstechnologie usw. Bewerben können sich Hochschulen, For-

schungszentren und Industrieunternehmen. In zunehmender Weise ist dabei eine transnationale Zusammenarbeit erforderlich, d. h. in einem Projekt müssen mindestens zwei Antragsteller aus unterschiedlichen Mitgliedstaaten zusammenarbeiten. Für Hochschulen ist es bei der Mehrzahl der Programme notwendig, einen industriellen Partner zu haben bzw. industrielles Interesse an dem Forschungsvorhaben nachweisen zu können.

Die in Brüssel eingegangenen Anträge werden in einem anonymen Verfahren von unabhängigen Gutachtern geprüft; auf dieser Grundlage wird die Auswahl getroffen. In der Regel hat nur einer von fünf Anträgen Erfolg. Die Kommission der EG hat in den Mitgliedstaaten Beratungsstellen, sogenannte „National Points of Contact“ eingerichtet; in der BRD ist dies der Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT), der mit der Betreuung einzelner EG-Programme z. T. bestehende nationale Projektträgerschaften oder Großforschungseinrichtungen beauftragt hat. Diese nationalen Kontaktstellen sollen detailliert zu einzelnen EG-Programmen informieren und beraten Interessenten und Antragsteller.

Fragen der Vertragsgestaltung und Kostenrechnung:

Die Beteiligung an EG-Projekten ist als (Haupt-)Vertragspartner, Konsortialpartner oder Unterauftragnehmer möglich. Alle (Haupt-)Vertragspartner sind für die Durchführung des Projektes verantwortlich und haben Zugang zu allen aus dem Projekt hervorgehenden Ergebnissen. Einer der Vertragspartner wird als Koordinator für das Projekt benannt. Er fungiert als Ansprechpartner für die EG-Kommission und wickelt den Finanzhaushalt für das gesamte Projekt ab.

Die Vertragspartner können Verträge mit Konsortialpartnern abschließen. Die Rechte und Pflichten eines Konsortialpartners beschränken sich, soweit nicht anders vereinbart, auf diesen bilateralen Vertrag. Vertragspartner und Konsortialpartner können Aufgaben an Unterauftragnehmer vergeben, wobei beachtet werden muß, daß die Anteile der Konsortialpartner und Unterauftragnehmer einen geringeren Umfang haben als die der Vertragspartner. Für die Vereinbarungen zwischen den Partnern wurden von der EG-Kommission Musterverträge ausgearbeitet. Die EG übernimmt entweder 50 Prozent der Vollkosten eines Projektes oder 100 Prozent der aufzuwendenden Zusatzkosten, wobei jedoch Großgeräte normalerweise über einen Zeitraum von 5 Jahren abgeschrieben werden, so daß bei einer Projektdauer von 2 bis 3 Jahren keine vollständige Kostenerstattung möglich ist.

Da Hochschulen meist nicht in der Lage sind, die Vollkosten eines Projektes detailliert aufzuschlüsseln, wird hier von der EG-Kommission die 100 Prozent Zusatzkostenerstattung empfohlen (wie sie auch bei nationalen Förderprogrammen üblich ist). Je nach Größe und Infrastruktur der Hochschulen können 15 bis 20 Prozent der Projektkosten als Overhead-Kosten veranschlagt werden.

Die Vertragspartner eines Projektes müssen sich auf eine Form der Kostenerstattung einigen. Beachtet werden muß weiter, daß 10 Prozent der Projektkosten bis zur Abgabe des Abschlußberichtes bzw. Vorlage der abschließenden Kostenrechnung von der Kommission einbehalten werden.

Die EG-Kommission zahlt frühestens 4 Wochen nach Vertragsabschluß einen Vorschuß. Erfahrungsgemäß kann es jedoch bei der Überweisung der Gelder aus Brüssel zu erheblichen Verzögerungen kommen. Um die geplanten Arbeiten termingerecht durchführen zu können, ist eine Vorfinanzierung aus Landesmitteln, die der Universität für das laufende Haushaltsjahr zugewiesen wurden, möglich. Laut Haushaltsvermerk des HMWK dürfen Mittel der Ausgaben-Titelgruppe 71 zur Vorfinanzierung rechtlich verbindlich bewilligter Drittmittelprojekte bei ATG 90 (Zuweisungen der Europäischen Gemeinschaft zur Wissenschaftsförderung und für Forschungsaufträge) verwendet werden.

Aktuelle Informationen:

EG-Programm **SCIENCE** (Stimulierung von Zusammenarbeit und Austausch im wissenschaftlichen und technischen Bereich in Europa). Im Rahmen dieses Programmes können Projekte aus allen Bereichen der exakten und Naturwissenschaften gefördert werden. Es bestehen vier Förderungsformen:

1. Forschungsstipendien
2. Forschungsbeihilfen
3. Partnerschaft von Laboratorien verschiedener Länder
4. Kooperative Entwicklungsaufträge.

Die Prüfung der Anträge erfolgt durch den Ausschuß für die europäische Entwicklung von Wissenschaft und Technologie (CODEST), der viermal im Jahr zusammentritt. Abgabefristen für Anträge bestehen hier nicht! Ein industrieller Kooperationspartner ist nicht erforderlich.

EG-Programm **DOSES** (Entwicklung von Expertensystemen für statistische Zwecke). Aufforderung zur Angebotsabgabe (Amtsblatt der EG Nr. C 306/5 vom 5. 12. 1989). Gefördert wird die Teilnahme an Forschungs- und Entwicklungsarbeiten mit Kostenteilung zu den folgenden zwei Themen:

- Dokumentation von Daten und statistischen Verfahren
- Zugang zur statistischen Information.

Schlußtermin für die Einreichung der Angebote ist der 30. 4. 1990.

EG-Programm **BRIDGE** (Biotechnologie). Der Rat der EG hat am 27. 11. 1989 erneut über ein spezifisches Programm für Forschung und technologische Entwicklung im Bereich Biotechnologie (1990—1994) entschieden. Eine vorläufige aufschlüsselung dieser Mittel wurde festgelegt (vgl. Amtsblatt der EG, Nr. L 360/32 vom 9. 12. 1989). Ein Termin für die Ausschreibung ist noch nicht bekannt.

EG-Programme **STD** (Research and Development Programme in the Field of Science and Technology für Development) und **ALA/MED** (Kooperation mit Asien, Latein-Amerika und den Mittel- und Südamerikanischen Ländern).

Das Programm Wissenschaft und Technik im Dienste der Entwicklung (STD) soll Wissenschaftler aus Europa und Entwicklungsländern mit dem Ziel zusammenführen, partnerschaftlich nach Lösungen von Schlüsselproblemen in der Land- und Forstwirtschaft sowie nahe verwandten Bereichen (Bio-, Geo- und Umweltwissenschaften) in den Tropen zu suchen.

Daneben gibt es außerdem Fördermöglichkeiten für die bilaterale Zusammenarbeit mit For-

schungspartnern aus Entwicklungsländern im Rahmen der Joint Scientific Ventures des ALA/MED-Programms. Mit dem ersten „Call for Proposals“ ist gegen Ende 1990 oder zu Beginn 1991 zu rechnen.

EG-Programm **REWARD** (Rückführung von Abfall). Im Rahmen des Programms Rohstoffe und Rückführung sollen folgende Bereiche gefördert werden:

- Probennahme, Analyse und Klassifizierung von Abfall
- Rückführungstechnologien
- Energieerzeugung aus Abfall
- Koordination nationalstaatlicher Forschungsvorhaben, Forschungsbeihilfen
- Keine Projektförderung! Bewerbungsfrist: 30. 3. 1990 (Amtsblatt der EG Nr. C 326/3 vom 30. 12. 1989).

EG-Programm **STEP** (Wissenschaft und Technologie für den Umweltschutz). Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zu folgenden Themenbereichen:

- Schutz und Erhaltung des europäischen kulturellen Erbes
- Technologien für den Umweltschutz
- technologische Risiken.

Letzter Termin für die Einreichung der Vorschläge: 30. 3. 1990 (Amtsblatt der EG Nr. C 326/4 vom 30. 12. 1989).

Auskünfte über das studentische

Austauschprogramm **ERASMUS** erteilt die Akademische Auslandsstelle, Telefon (069) 798-8154.

Ausführliche Informationen zu allen weiteren EG-Programmen: Beratungsstelle für Wissenstransfer, Telefon (069) 798-8294.

Personalien

Dienstjubiläen

Uni-Report gratuliert zum 25jährigen Dienstjubiläum: Dr. Manfred Bartholmes (Hochschulrechenzentrum) am 1. 2. 1990.

Prof. Dr. Gerhard Becker (Geologisch-Paläontologisches Institut) am 1. 11. 1986.

Juan Canut-Lluch (Liegen-schafts- und Technische Abteilung) am 11. 2. 1990.

Dr. Werner Forkel (Institut für Petrologie, Geochemie und Lagerstättenkunde) am 13. 2. 1990.

Humanmedizin

Die Deutsche Gesellschaft für Perinatale Medizin hat am 5. 10. 1989 Herrn Prof. Dr. med. Volker von LOEWENICH, Leiter der Abteilung für Neonatologie des Zentrums der Kinderheilkunde, für die nächsten 2 Jahre zu ihrem 1. Vorsitzenden gewählt.

Wohnungsversorgung...

(Fortsetzung von Seite 5) nach dem Wegfall der Wohnungsgemeinnützigkeit 1990 —, sondern auch die Mietpreisbindung für frei-finanzierte Altbauwohnungen in Ballungsgebieten könnten hier zu einer spürbaren Entspannung auf dem Wohnungsmarkt führen. Die Subjekt-förderung über erhöhtes Wohn-geld schaffe jedoch nur eine Grundlage für immer höhere Mieten. Insgesamt müsse auch über neue Trägerformen im Sozialwohnungsbau nachgedacht werden. Hier könnten dezentrale Träger auf lokaler Ebene zu erweiterten Mitbestimmungsrechten der Mieter führen.

Die neue Situation der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen im Zeitalter wohnungspolitischer Deregulierung war das Thema von R. Chr. Bartholomäi, Vorsitzender der Bundesvereinigung Deutscher Heimstätten und Landesentwicklungsgesellschaften (Bonn). Die tiefe Verunsicherung der Branche, durch den schmähligen Untergang des Branchenführers „Neue Heimat“ und durch die Abwendung der großen politischen Parteien vom Wohnungsbau, erfordere ein neues Selbstverständnis der gemeinnützigen Wohnungsbauunternehmen. Zwischen den Perspektiven als „Privatunternehmen“ und als „Opas Wohnungsbau“ gelte es jetzt, neue Wege zu finden. Nicht nur die problematische unternehmerische Lage nach 1990, sondern auch der Paradigmenwechsel in der Architektur — „die Identifikation des sozialen Wohnungsbaus mit der Verramschung der Moderne“ — erforderten völlig neue Denksätze.

Aus der Perspektive der städtischen Verwaltung, die von K. Schirmer, Amt für kommunale Gesamtentwicklung und Stadtplanung (Frankfurt) vertreten wurde, steht die Stadt Frankfurt vor drei Grundproblemen, die Wohnungsversorgung zu sichern: — Sie ist als „Innenstadt“ Teil eines regionalen Wohnungs- und Arbeitsmarktgebietes und kann

damit allein keine „vollständige“ Wohnungspolitik betreiben. — Jedes neue Wohnungsbau-projekt löst weitere Erwartungen aus und Frankfurt kann das Wohnungsproblem nicht auf der eigenen Gemarkung lösen.

— Von der Entscheidung, ein Gebiet mit Wohnungen zu bebauen bis zum Einzugstermin vergeht ein Zeitraum von mindestens sechs Jahren. Vor diesem Hintergrund hat der Magistrat der Stadt Frankfurt ein ganzes Bündel differenzierter Maßnahmen ergriffen. Die Palette reicht von der Verhinderung der Umwandlung in Eigentumswohnungen durch Versagen der Abgeschlossenheitserklärung über die Bereitstellung von 230 Mio. DM für die kommunale Wohnungsbau-förderung im Haushalt 1990 bis zur Mitfinanzierung von Wohnungsneubauten in Nachbargemeinden. Dieses Maßnahmenbündel sei notwendig, da in der gegenwärtigen Situation nicht „eine Strategie“, sondern „viele Wege und Instrumente“ wirksam werden müßten, auch wenn sich unter Umständen Reibungen ergeben könnten.

Trotz des begrüßenswert breit gestreuten Programms wurde am Ende des Symposiums eine allgemeine Nachdenklichkeit und auch Ratlosigkeit deutlich. Die weitgehend fehlende kontroverse Diskussion mag damit zusammenhängen; denn wenn akute Problemlagen zum schnellen, pragmatischen Handeln zwingen, ist es schwer, über grundsätzliche Kursänderungen zu diskutieren.

Die aktuelle Wohnungsnot ist ein Problem mit hundertjähriger Tradition und kann sicher nicht auf der untersten Ebene staatlicher Organisation allein und ohne Berücksichtigung der gesellschaftlichen Verhältnisse gelöst werden. Es ist vielleicht gerade deshalb notwendig, bei allen flexiblen Lösungsstrategien auch die zugrunde liegenden wohnungspolitischen Konzepte zur Disposition zu stellen.

Susanne Kreinz

Musiklehrausbildung im europäischen Vergleich

Am 20. November 1989 veranstaltete das Institut für Musikpädagogik der Goethe-Universität das „2. Frankfurter Gespräch zur Musikpädagogik“. Das Symposium, das dem Thema „Musiklehrausbildung im europäischen Vergleich“ gewidmet war und einen Tag lang dauerte, war durch die finanzielle Förderung der „Frankfurter Sparkasse von 1822“, der schwedischen Botschaft, des Musikverlags Peters, des hessischen Landesverbands der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft“ sowie der „Degussa Frankfurt“ möglich geworden. Ziel der Veranstaltung war es, die Ausbildung von Musiklehrern für allgemeinbildende Schulen in verschiedenen europäischen Ländern kennenzulernen und miteinander zu vergleichen.

Nach der Begrüßung der Gäste durch den Dekan des Fachbereichs für Klassische Philologie und Kunstwissenschaften, Prof. Dr. Albrecht Rithmüller, ergriff Victor Flusser das Wort, Musikpädagoge am „Centre de Formation de Musiciens Intervenant à l'Ecole de l'Université, des Sciences Humaines de Strasbourg“. Die aktuelle französische Musiklehrausbildung werfe fundamentale Probleme auf, bedürfe, da sich eine kraftvolle Tradition bis heute nicht habe bilden können, eigentlich einer Neubegründung. Guter Wille seitens staatlicher Stellen sei erkennbar. Derzeit werde der Versuch gemacht, die großen Defizite mit der zunehmenden Gründung von „Centres de Formation de Musiciens Intervenant à l'Ecole“ aufzufangen. Diese Einrichtungen, von denen es — über ganz Frankreich verstreut — freilich erst neun gebe, hätten die Aufgabe, praktische Musiker auf eine musikpädagogische Arbeit, so auch auf eine Tätigkeit in der allgemeinbildenden Schule, vorzubereiten. Wer ein abgeschlossenes Instrumentalstudium nachweise, könne mit der zweijährigen Ausbildung an einem „Centre“ beginnen. Im Mittelpunkt des Lehrgangs stünden neben herkömmlichen musikpädagogischen Fächern wie Gesang, Musiktheorie oder Ensembleleitung vor allem die Ausbildung in musikalischer Improvisation. Dem instrumentalen und vokalen Improvisieren, dem Theaterspiel mit Kindern und vor allem dem Umgang mit zeitgenössischer Musik und modernen Instrumenten (Percussion) messe die Stundentafel (insgesamt 1500 Stunden in zwei Jahren) großes Gewicht bei. Die französische Regierung erhoffe von der Arbeit der „Centres“ eine Verflechtung von künstlerischer und musikpädagogischer Praxis, ferner gehe es darum, die „Musikpädagogik an die Entwicklung der Musik anzubinden. Victor Flusser rundete seine ungemessen temperamentvollen Schilderungen mit einem Videofilm ab, der einen Einblick in die praktische Arbeit des Straßburger „Centre“ gab.

Da sich die Teilnehmer der — vom Hessischen Rundfunk begleiteten — Veranstaltung überwiegend aus Musikstudenten und Musiklehrern aus der Bundesrepublik zusammensetzten, konnte sich Albrecht Goebel von der gastgebenden Frankfurter Goethe-Universität bei der Darstellung der westdeutschen Musiklehrausbildung kurz fassen. Im Mittelpunkt seines Referats stand der Hinweis auf deren historisch gewachsene Zweigliedrigkeit, auf die im Kern schul-

formbezogene Ausbildung an künstlerischen oder an wissenschaftlichen Hochschulen mit der sich daraus ergebenden Eigenart des jeweiligen Studienangebots.

Werner Kaden von der Pädagogischen Hochschule in Zwickau hob hervor, daß die Musiklehrausbildung in der DDR im Zuge der Gesamterneuerung des ostdeutschen Bildungssystems nach 1949 ebenfalls nach neuen Wegen gesucht habe. In Entsprechung zum einheitlichen Schulwesen der DDR, zur allgemein verpflichtenden zehnklassigen „Polytechnischen Oberschule“ sowie der sich anschließenden „Erweiterten Oberschule“ (Klasse 11 und 12) würden heute alle Fachlehrer in einen fünfjährigen Zwei-Fach-Studium an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen auf ihren Beruf vorbereitet. Wer Musik wolle, müsse als zweites Fach entweder Deutsch oder Geschichte studieren. Im Zentrum der Musikausbildung, die verpflichtend eine Eignungsprüfung voraussetze, stünden Fächer wie „Theorie und Praxis der Musiklehre“, vokale Ausbildung, musikalische Methodik oder musikwissenschaftliche Fächer. Außerdem habe der Student zwei Instrumente zu belegen, darunter obligatorisch Klavier. Das Staatsexamen umfasse Prüfungen in den verschiedenen Studienfächern sowie eine Diplomarbeit, auf die in eigenen Veranstaltungen vorbereitet werde. Eine Abweichung von diesem System der Musiklehrausbildung gebe es in Gestalt des vierjährigen „Ein-Fach-Musikstudiums“ an der Weimarer Musikhochschule. Der Gast aus Zwickau gab schließlich mit Hilfe detaillierter Stundentafeln einen Einblick in die innere Ausformung der Musiklehrausbildung, verwies etwa darauf, daß die Ausbildung in Chorgesang zehn Stunden umfasse, jene in Rockmusik hingegen nur eine. Mit Blick auf die aktuelle politische Entwicklung in der DDR mochte er nicht ausschließen, daß sich auch in der Musiklehrausbildung verschiedene Neuerungen ergeben könnten. Für das westdeutsche studentische Publikum war in diesem Zusammenhang besonders der Hinweis interessant, daß die DDR-Lehrerausbildung stets von einem „marxistisch-leninistischen Grundlagenstudium“ begleitet wird, für das bis zum Schlußexamen einundzwanzig Wochenstunden vorgesehen sind. Insgesamt sechs Konservatorien und Musikhochschulen bieten in Schweden musikpädagogische Studiengänge an. Nach Stockholm, Göteborg und Malmö erhielten 1976 noch die Städte Ingesund, Örebro und Pitea entsprechende Fachinstitute. Lenart Reimers von der Königlichen Musikhochschule und Universität in Stockholm hob hervor, daß diese Studiengänge gleichermaßen auf die Arbeit an allgemeinbildenden wie Musikschulen vorbereiten wollten. Die geographische Weite Schwedens zwingt dazu, einen möglichst breit vorgebildeten Musikpädagogen anzustreben, der sich auf die jeweiligen örtlichen Notwendigkeiten und das örtliche Schulangebot einstellen könne. Die Absicht der schwedischen Regierung, alle „höhere Bildung“ wissenschaftlich grundzulegen, habe dazu geführt, daß 1988 eine erste Professur für „wissenschaftliche Musikpädagogik“ eingerichtet worden sei

(Universität Stockholm). Ein entscheidendes Problem der schwedischen Musikpädagogik sah Reimers in der „klassischen“ Ausrichtung der Ausbildung an Konservatorien und Musikhochschulen sowie der damit korrespondierenden klassischen Akzentuierung der Musiklehrpläne. Der musikpädagogische Anspruch, die Vielfalt musikalischer Erscheinungen zum Gegenstand der Musiklehrausbildung und vor allem des schulischen Musikunterrichts zu machen, bleibe weitgehend Theorie. Die Praxis orientiere sich bis heute am Kunstwerk, wobei deutsche klassische Musik nach wie vor richtungweisend sei; seit der Gründung der Stockholmer königlichen Musikakademie im Jahr 1771 habe sich hier offenbar wenig geändert. Daß sich heute in den schwedischen Jugendmusikschulen das Gros der Schüler nach einiger Zeit wieder abmelde, störe kaum jemanden, habe noch nicht zu einer Überprüfung des musikdidaktischen Denkens geführt.

Inga Ronnefeldt von der Kopenhagener „Hochschule für Lehrerfortbildung“ betonte die enge innere Bindung der dänischen Musiklehrausbildung an allgemeine pädagogische Vorstellungen. Die Musiklehrausbildung, die im wesentlichen an Lehrhochschulen und einigen Universitäten betrieben werde, spiegele deutlich die Vorstellungen, welche die dänische Gesellschaft von Bildung habe. Dabei komme dem Streben nach Individualisierung große Bedeutung zu. Wichtig sei in der momentanen musikpädagogischen Diskussion nicht so sehr die Frage nach spezifischen Fachinhalten; bedeutsamer sei vielmehr die Frage, in welchem Maß dieser oder jener musikalische Inhalt dem übergeordneten pädagogischen Ziel der individuell gebildeten Persönlichkeit dienen könne. Da hier immer wieder nach neuen Wegen zu suchen sei, komme es verständlicherweise zu einer ständigen Revision der Inhalte der Schul- und damit auch der Lehrerbildung, übrigens eine Situation, die zur Gründung der „Hochschule für Lehrerfortbildung“ geführt habe. Ein Schwerpunkt der Musiklehrausbildung liege derzeit bei der Ausbildung für den Vorschul- und Primarbereich, wobei bezeichnenderweise psychologische und pädagogische Fächer dasselbe Gewicht wie unmittelbar musikalische besäßen.

Gemessen etwa an den klaren Strukturen in den beiden deutschen Staaten, gleiche die Schweizer Musiklehrausbildung einem „Dschungel“. Mit so unverblühten wie witzigen Anmerkungen charakterisierte Josef Scheidegger von der Luzerner „Akademie für Schul- und Kirchenmusik“ die Ausbildungssituation in seinem Land. Die eifersüchtig gehütete Kulturhoheit der Kantone habe zum Teil zu unüberschaubaren Ausbildungs-

Die Tagung der Deutschen Gesellschaft für Tropenökologie tagt vom 9. bis 11. Februar 1990 in Frankfurt. Die Tagung wird gemeinsam vom Forschungsinstitut Senckenberg (Dr. Klemmer), dem Fachbereich Biologie (Prof. Maschwitz und Streit) und dem Institut für Physische Geographie (Prof. Stein) der J. W. Goethe-Universität ausgerichtet. Schwerpunktmäßig werden auf dieser Tagung Probleme zur

Geoökologie der Tropen

vorwiegend aus dem Bereich der feuchten Tropen, behandelt. Gäste können, soweit Platz verfügbar ist, gegen Bezug einer Tagungskarte (DM 10,—) teilnehmen.

Ort und voraussichtliche Termine der Veranstaltung:

9. Februar (Freitag):

Eröffnung der Sitzung 10.00 Uhr im Senckenberg-Museum, Festsaal

10. Februar (Samstag):

Beginn 9.00 Uhr Großer Hörsaal des Fachbereichs Biologie, Siesmayerstraße 70. Ende ca. 22.00 Uhr.

11. Februar (Sonntag):

Beginn 9.00 Uhr Großer Hörsaal des Fachbereichs Biologie, Siesmayerstraße 70. Ende ca. 13.30 Uhr.

Für Probleme und Fragen der technischen Organisation wende man sich an Herrn H. Golle, Zoologisches Institut, Tel. 47 16 / 48 66 / 48 69.

verhältnissen geführt. So sei etwa die Situation im Kanton Luzern (Fachstudium an der Akademie mit verschiedenen schulformbezogenen Abschlüssen) keineswegs typisch. Freilich zeige sich in der Vielfalt der Musiklehrausbildung auch die kulturelle Vielfalt und Tradition der Schweizer Vielvölkerrepublik. Im übrigen sei es nicht nur sinnvoll, die musikpädagogischen Ausbildungsgänge nach Kräften zu vereinheitlichen, ebenso wichtig sei es, ein klareres Bild von der heutigen Aufgabe der Musikerziehung und der in ihr tätigen Personen zu gewinnen. Nach seiner Vorstellung bedürfe es eines Musikpädagogen, der zwar breit und qualifiziert im Musikalischen vorgebildet sei, der andererseits aber jene innere Bewegtheit ausstrahle, die zum Wesen des Musikers gehöre und die andere Menschen unmittelbar anspreche und sie für die Musik öffne: „Nur ein Bewegter kann andere bewegen.“

Pater Andre Stolwijk vom Königlichen Konservatorium in Maasticht betonte, die niederländische Musiklehrausbildung habe sich grundsätzlich an deutschen Vorbildern orientiert. Typisch seien dementsprechend schulformbezogene Studiengänge. Derzeit obliege die Musiklehrausbildung den Konservatorien, außerdem gebe es an der Universität Utrecht eine weitere musikpädagogische Studienmöglichkeit. Die Mehrzahl der Musikstudenten strebe entweder das Diplom als Musikfachlehrer für Schulen mit mittlerem Abschluß oder das Diplom als Musikfachlehrer für höhere Schulen an. Ferner könnten Doktoren der Musikwissenschaft noch eine musikpädagogische Zusatzausbildung absolvieren. Die musikpädagogische Diskussion sei derzeit in Holland von der Frage nach dem angemessenen Inhalt des Musikunterrichts und damit indirekt auch jenem der Musiklehrausbildung bestimmt. Hier stünden Vorstellungen künstlerisch-musischer Art Überlegungen gegenüber, die im Musikunterricht eher eine Form klingender Gesellschaftskunde erblickten.

Die Folge der Referate beschloß Gerhard Wanker von der Musikhochschule in Graz. In Österreich würden die Musiklehrer für den „Pflichtschulbereich“ sechs Semester lang an Pädagogischen Akademien ausgebildet. Gymnasiallehrer mit dem Fach Musik kämen im wesentlichen von Musikhochschulen mit musikpädagogischen Abteilungen, wie sie in Graz, Innsbruck, Salzburg und Wien bestünden. Das musikpädagogische Studium („A 1“) dauere neun Semester und umfasse neben künstlerischen und musikpädagogischen Fächern verschiedene allgemeinpädagogische Studienanteile, welche an einer Universität zu absolvieren seien; dazu kämen noch Schulpraktika. Bemerkenswert sei folgende österreichische Besonderheit: Das Lehramt für höhere Schulen in Musik könne mit einem wissenschaftlichen Schulfach kombiniert werden. Möglich sei aber auch, anstelle eines wissenschaftlichen Schulfachs das künstlerische Fach „Instrumentalerziehung“ („A 2“) an der Musikhochschule zu belegen. Absolventen der Studiengänge A 1 und A 2 würden vielfach nicht als Musiklehrer am Gymnasium tätig, sondern ergriffen oftmals unmittelbar künstlerische Berufe. Dies Entwicklung stelle für die österreichische Schulmusik ein gravierendes Problem dar. Was die inhaltliche Ausformung der Musiklehrausbildung betreffe, bestimmten — durchaus zur Freude der meisten Studenten — künstlerische Inhalte den Studienplan; allerdings strebten die Verantwortlichen zunehmend nach einer didaktischen Verbreiterung des Ausbildungsangebots.

Die Veranstaltung, an der u. a. eine große Gruppe des Musikseminars der Koblenzer Erziehungswissenschaftlichen Hochschule teilnahm, endete mit einer Diskussion. Leider erwies sich die dafür verbliebene Zeit als zu kurz. Als Hauptthemen der Diskussion, welcher der Vizepräsident der Frankfurter Universität, Prof. Dr. Dieter Schlosser, bewohnte, traten Fragen der Studienstraffung hervor oder das Problem, wie eine musikalisch überwiegend konservativ eingestellte Studentenschaft auch für die in der Schule so bedeutsame Populärmusik interessiert werden könne. Unsicherheit war schließlich bei der Frage gegeben, ob mit Blick auf die zunehmende politische Verflechtung vieler europäischer Länder auch seitens der Ministerien daran gedacht sei, musikpädagogische Diplome und Staatsexamina wechselseitig anzuerkennen.

Albrecht Goebel

Martin-Buber-Stiftungsgastprofessur
der Evangelischen Kirche von Hessen und Nassau

**Dr. Hanna Safrai, Jerusalem:
Women in the temple**

Donnerstag, 1. Februar 1990, um 20 Uhr im
Hörsaal II, Hörsaalgebäude. Eintritt frei

Forschungsstipendien der EFTA

Die Europäische Freihandelsassoziation (EFTA) vergibt jährlich eine Anzahl Stipendien in Höhe von 5000 — 10 000 SFR an Hochschulabsolventen (Altersgrenze 35 J.), die sich in ihren Forschungsarbeiten thematisch mit der Rolle der EFTA in der europäischen Integration, und zwar in ihren wirtschaftlichen, rechtlichen, finanziellen und handelspolitischen Aspekten und insbesondere den Beziehungen der EFTA zur EG beschäftigen. Präferenz haben Forschungsarbeiten, die sich auf die EFTA als Organisation beziehen, eher mehrere EFTA-Länder betreffen und/oder sich auf die gegenwärtigen Aktivitäten der EFTA konzentrieren. Bewerbungen sind bis zum 16. Februar 1990 an folgende Stelle zu richten: Presse- und Informationsdienst der EFTA, 9—11 rue de Varembe, CH-1211 Genf 20, Schweiz. Folgende Unterlagen sind einzurei-

Stipendien

chen: Detaillierter, maschinengeschriebener Forschungsplan/Projektskizze auf englisch oder französisch; Lebenslauf mit Details über die akademischen Qualifikationen (Stellung, Grad, Veröffentlichungen) und Angabe von drei Referenzpersonen; ein Gutachten des betreuenden Hochschullehrers (falls die Forschungsarbeit im Zusammenhang mit einer Dissertation steht).

Stipendien für Ostasiatische Sprachen

Studierende der Japanologie, Sinologie oder Koreanistik sowie in Ausnahmefällen auch anderer asiatischer Sprachen bietet der DAAD Jahresstipendien zu einem sprach- und landeskundlichen Studienjahr an einer Hochschule des betreffenden Landes

an. Angesprochen sind Studierende, die sich im laufenden Wintersemester im 3. — 5. Fachsemester befinden und das Grundstudium vor Stipendienantritt im Herbst 1990 abgeschlossen haben (Sinologen können sich bis zum 7. Fachsemester bewerben). Nähere Informationen erteilt die Akademische Auslandsstelle, wo auch die Bewerbungen einzureichen sind. Die Bewerbungsfristen sind für Taiwan, Hongkong und Korea der 28. Februar 1990, für Indonesien, Malaysia, Singapur, Thailand und Vietnam der 31. März 1990.

Deutsch-Franz. Studienprogramm für Politologen, Historiker und Wirtschaftswissenschaftler 90/91

Studierende der genannten Fachbereiche mit abgeschlossenem

Grundstudium per Wintersemester 89/90 haben die Möglichkeit, im Rahmen dieses Sonderstipendienprogramms einen sechsmonatigen Studienaufenthalt (Sep./Okt. 90 — März 91) an einer französischen Universität zu verbringen. Gute Französischkenntnisse zum Zeitpunkt der Bewerbung sowie ein frankreichbezogener Studienschwerpunkt sollte nachgewiesen werden. Für die Bearbeitung einer bereits begonnenen deutschen Examensarbeit oder die Vorbereitung eines französischen Jahresabschlusses (Licence/Maitrise) kann eine Verlängerung des Stipendiums beantragt werden. Für Politologen ist der Studienaufenthalt vorgesehen an der Universität Paris I und am Institut d'Etudes Politiques de Paris, für Historiker an den Universitäten Bordeaux II bzw. Aix-Marseille I und für Wirtschaftswissenschaftler an den Universitäten Paris I (Sorbonne) bzw. Paris (Dauphine).

Das Stipendium umfaßt eine monatliche Rate von DM 1035,- sowie eine Reisekostenpauschale von DM 280,-. Das Studienprogramm beginnt mit einem mehrwöchigen Sprach- und Einführungskurs an der französischen Hochschule Mitte September und beinhaltet für die Dauer des Aufenthaltes ein vom französischen Tutor vorbereitetes landeskundliches Rahmenprogramm. Über die einzelnen Studienprogramme, Bewerbungsgang etc informiert die Akademische Auslandsstelle, wo auch die Antragsunterlagen erhältlich sind. Bewerbungsschluß: 12. Februar 1990 Akad. Auslandsstelle.

RomanistInnenprogramm 90/91

Für das Wintersemester 90/91 (Oktober — März) können sich wieder Studierende der Romanistik (Franz.) um ein DAAD-Semesterstipendium zum Studium an einer französischen Universität bewerben. Zielgruppe sind Haupt- und NebenfachromanistInnen, die sich zur Zeit im 3. oder 4. Fachsemester befinden. Studierende im 5. Fachsemester, denen zur Ablegung des Latinums, Graecums oder Hebraicums ein zusätzliches Semester gewährt wurde sowie Studierende der Fächerkombination Romanistik/Sport, die nachweislich zunächst das Grundstudium in Sport abschließen, können sich gleichfalls im 5. Fachsemester bewerben. Das Roman. Programm wird im kommenden Jahr an den Universitäten Paris, Lyon, Nantes, Toulouse und Tours durchgeführt und soll der sprachlichen und landeskundlichen Fortbildung dienen, wobei ein Rahmenprogramm von 12 Wochenstunden festgelegt ist. Das Programm beginnt an den jeweiligen Universitäten mit einem vierwöchigen Intensivsprachkurs. Die Teilstipendien des DAAD betragen DM 535,- monatlich. Detaillierte Informationen zu diesem Sonderprogramm sowie die Bewerbungsunterlagen sind in der Akademischen Auslandsstelle (5. Stock Sozialzentrum, Zi. 523) erhältlich. Bewerbungen sind der Auslandsstelle bis zum 5. März 1990 einzureichen.

Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V.

Die zusammen mit der 1914 errichteten Stiftungsuniversität gegründete Universitäts-Vereinigung wurde am 29. November 1918 in das Vereinsregister eingetragen. Ihre erste Satzung nennt deutlich die Gründe, aus denen gerade die Frankfurter Universität schon damals auf die laufende Unterstützung von Freunden und Förderern angewiesen war:

Die Universität Frankfurt verdankt als Stiftungsuniversität ihre finanzielle Grundlage freiwilligen Stiftungen von Privatpersonen und von Körperschaften öffentlichen und privatrechtlichen Charakters. Um ihre Fortentwicklung auf derselben Grundlage sicherzustellen, haben sich Stifter und Freunde der Universität zu einem Verein zusammengeschlossen.

Seitdem ist es das Ziel der Vereinigung, die Universität bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zu unterstützen, ihr vor allem Mittel für die Errichtung neuer sowie für die Vergrößerung und Unterstützung bestehender Institute und für wissenschaftliche Arbeiten zur Verfügung zu stellen. Die Vereinigung bemüht sich, Finanzierungslücken nach Möglichkeit zu schließen und jene wissenschaftlichen Arbeiten durch Zuschüsse zu fördern, für die sonst nur unzureichende Mittel zur Verfügung stehen. Außerdem sieht die Vereinigung eine wichtige Aufgabe darin, in der Bevölkerung Sinn und Verständnis für wissenschaftliche Forschung und Lehre zu verbreiten und die Universität und die Mitglieder ihres Lehrkörpers in lebendiger Verbindung mit der Bürgerschaft und der Wirtschaft im Frankfurter Raum zu halten, zugleich aber auch mit ihren früheren Studierenden. Die Vereinigung berät Einzelpersonen und Körperschaften, die zugunsten der Universität neue Stiftungen zu errichten wünschen, und übernimmt die Verwaltung solcher Stiftungen.

Dank der Hilfsbereitschaft ihrer Mitglieder und Förderer hat die Vereinigung seit dem Jahre 1952 — als sie ihre durch den Krieg unterbrochene Tätigkeit wieder aufgenommen hatte — für die Universität und ihre Fachbereiche sowie zur Dotierung von Geldpreisen insgesamt über 12 Mio DM zur Verfügung stellen und dorthin leiten können, wo sie den größten Nutzen brachten. Immer wieder hat sich gezeigt, daß die

Vereinigung mit Beiträgen, die — am Gesamtbedarf der Universität gemessen — relativ klein erscheinen mögen, Engpässe in den verschiedenen Bereichen beseitigen und damit große Wirkungen erzielen konnte.

Mitglied der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V. können sowohl Einzelpersonen als auch Firmen und Körperschaften werden. Einzelmitglieder zahlen mindestens DM 50,— (Studenten der Universität DM 10,—), Firmen und Körperschaften mindestens DM 250,— als Jahresbeitrag. Sonderzuwendungen sind herzlich willkommen. Die Bestrebungen der Vereinigung sind im Sinne der geltenden steuerlichen Bestimmungen als gemeinnützig anerkannt. Die Geschäftsstelle erteilt für jede Beitragszahlung oder Spende eine zum Steuerabzug berechnete Quittung. Dabei werden zweckgebundene Spenden (z. B. für bestimmte Forschungsvorhaben) alsbald auftragsgemäß verwendet.

Jedes Mitglied erhält kostenlos das Wissenschaftsmagazin FORSCHUNG FRANKFURT, den „Uni-Report“ — eine periodisch erscheinende Zeitung der Universität, die auch Mitteilungen der Vereinigung veröffentlicht — sowie den Jahresbericht.

Zu den Veranstaltungen und Studienreisen ergehen besondere Einladungen, ebenso zu der jährlichen Mitgliederversammlung.

Die *Geschäftsstelle* der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V. befindet sich in der Universität, Senckenberganlage 31, 10. Stock, Postfach 11 1932, 6000 Frankfurt am Main 11, Tel. (069) 798-2234, Frau Hilde Schmidt.

Geschäftsführer: Klaus Dieter Geiger, Bockenheimer Landstraße 10, 6000 Frankfurt am Main 1, Tel. (069) 718-2457 oder (069) 798-3931.

Konten: Postgirokonto Ffm. 555 00-608 (BLZ 500 100 60) · BHF-BANK 6932 (BLZ 500 202 00) · Metallbank GmbH 2 158 384 (BLZ 502 204 00).

Beitrittserklärung

Ich bin/Wir sind bereit, Mitglied der Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e. V. (Postanschrift: Senckenberganlage 31, Postfach 11 1932, Frankfurt am Main 11) mit Wirkung vom 1. Januar _____ zu werden und einen Jahresbeitrag von _____

DM _____

zu zahlen.

Name, Vorname bzw. Firma _____

Beruf _____

Straße, Nr. bzw. Postfach _____

PLZ, Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

Abbuchungs-Ermächtigung

Ich bin/Wir sind damit einverstanden, daß der Jahresbeitrag von meinem/unserem Konto

Nr. _____ BLZ _____ Bankinstitut _____ Ort _____

vom _____ an abgebucht wird.

Datum _____ Unterschrift _____

EG-Binnenmarkt '93: Chancen für ausländische Studierende

Tagesseminar am Freitag, dem 2. Februar 1990, 10.00 — ca. 17.00 Uhr in der Katholischen Hochschulgemeinde, Beethovenstraße 28, 6000 Frankfurt 1 (Westend). Das Tagesseminar behandelt die durch den geplanten EG-Binnenmarkt ab 1993 implizierten Auswirkungen auf Arbeitsmarkt, Arbeitsmobilität und Aufenthalt innerhalb der EG und in der Bundesrepublik Deutschland. Das Seminar richtet sich besonders an Studierende aus Griechenland, Spanien und Portugal, aber auch an interessierte deutsche oder andere Studierende. Für einen kostenlosen Mittagssnack ist gesorgt.

Referenten:

Dr. Sigmund Gleiser, Arbeitsamt Frankfurt: Wirtschaftliche Rahmendaten des Binnenmarktes der EG.

Professor Dr. Michael Bothe, Frankfurt: Rechtliche Implikationen des EG-Binnenmarktes auf Aufenthalt, Arbeitserlaubnis und Niederlassungsfreiheit.

Marcel Seyppel, Köln: Arbeitsmarktentwicklung in der EG, besonders in Südeuropa. Gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen in der EG.

Weitere Informationen: John-Andrew Skillen, Zentrale Studienberatung, Tel.: 069/798 22 63. Ulrike Hammer, Katholische Hochschulgemeinde, Tel.: 069/74 80 77

Leistungsbilanz des Klinikums

Das Jahr 1989 war für das Universitätsklinikum Frankfurt wieder sehr ereignisreich. Wie bereits im Vorjahr, wurde das Betriebsgeschehen im Klinikum von dem Personalmangel im Pflegedienst und der bevorstehenden Asbestentsorgung insbesondere des Zentralbaus erheblich belastet. Trotz der damit einhergehenden aktuellen Probleme und Engpässe in der Krankenversorgung war es ein Anliegen des Klinikumsvorstandes, auch Akzente für neue Forschungsschwerpunkte zu setzen bzw. die bereits angelaufenen Forschungsschwerpunkte zu intensivieren. Ein bedeutendes Ereignis im zurückliegenden Jahr war der Besuch des Medizinischen Ausschusses des Wissenschaftsrates im Juni, ausgelöst durch die beantragten, umfangreichen Baumaßnahmen zur Asbestentsorgung werden vom Wissenschaftsrat nicht nur Empfehlungen zur baulichen, sondern auch zur strukturellen Weiterentwicklung des Klinikums erwartet.

Situation im Pflegedienst

Die pflegerische Versorgung im Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität erfolgt derzeit auf ca. 70 Krankenstationen und in 47 Funktionsbereichen. Hierfür stehen zum 1. 1. 1990 voraussichtlich 1075 dreijährig ausgebildete Pflegekräfte zur Verfügung. Ca. 100 Planstellen sind infolge der verschlechterten Arbeitsmarktlage somit nicht besetzt. Im Vergleich zum 1. 1. 1989 ist ein Verlust von rund 30 Pflegekräften getreten.

175 Teilzeitbeschäftigte Mitarbeiter (ca. 15%) werden seit Jahren in die Arbeitsabläufe integriert. Die Steigerung dieses Anteils muß im Einzelfall entschieden werden, da der Einsatz von Teilzeitkräften dort seine Grenze findet, wo durch ihn die Arbeitsbedingungen der Vollzeitkräfte zusätzlich verschlechtert werden.

Obgleich bereits ca. 200 Betten wegen fehlenden Pflegepersonals geschlossen wurden, konnten die Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte hierdurch nicht adäquat verbessert werden: die Ableistung von Überstunden, häufiger Verzicht auf das geplante freie Wochenende und Verschiebung im Dienstplan stellen oft Voraussetzungen für die Aufrechterhaltung der Krankenversorgung dar.

Auch die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen in der Staatlichen Kranken- und Kinderkrankenpflegeschule hat weiterhin nachgelassen. Nunmehr sind von 335 Ausbildungsplätzen derzeit ca. 90 nicht besetzt.

Da aufgrund kalkulierbarer Entwicklungen der Bedarf an Pflege insgesamt erheblich steigen (demographische Entwicklung, Weiterentwicklungen in der Medizin etc.), der Mangel an Fachkräften jedoch ebenso wie das Angebot an attraktiven Arbeitsplätzen außerhalb des Krankenhauses zunehmen werden, gilt es inner- und außerbetrieblich möglichst kurz- und mittelfristig personalerhaltende und -gewinnende Maßnahmen zu forcieren. Die ab 1. 8. 1989 in Kraft getretenen tarifvertraglichen Verbesserungen können daher nur als erster Schritt zur grundlegenden Verbesserung der Vergütungsstruktur betrachtet werden. Der im Lauf von 20 Jahren entstandene Nachholbedarf ist noch lange nicht ausgeglichen. Insbesondere müsste baldmöglichst die Gewährung einer Zulage für Universitätsbetriebe und eine Zulage für Ballungsräume (hohe Lebenskosten) gewährt werden.

Als weitere Problemlösung gilt

die angemessene Gestaltung der Dienstpläne. In Anbetracht der erneut anstehenden Arbeitszeitverkürzung um 0,5 Stunden auf 38,5 Stunden wöchentlich ab 1. 4. 1990 stehen grundlegende Neugestaltungen der Rahmendienstpläne an. Die 5-Tage-Woche sollte angestrebt werden. Hierfür sind jedoch wesentliche Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehört auch die Anpassung der Personalberechnungsmaßstäbe an aktuelle Bedingungen. Bekannterweise sind die jetzt gültigen Anhaltzahlen ebenfalls älter als 20 Jahre. In diesem Zusammenhang ist es erforderlich, daß die Frankfurter Kostenträger bereit sind, mit dem Klinikum gemeinsam vorab nach Wegen der Aktualisierung der Anhaltzahlen zu suchen.

Auf dem Sektor der Sozialleistungen ist es erforderlich, mehr Appartement- oder Familienwohnungen zu bezahlbaren Mietpreisen zu schaffen. Der Vorstand des Klinikums beabsichtigt deshalb, dem zuständigen Krankenhausträger zu empfehlen auf diesem Gebiet kurzfristig tätig zu werden.

Auch die Sicherung des Betriebs der Personalkindertagesstätte des Klinikums und deren bedarfsgerechte Erweiterung stellen wichtige personalerhaltende und personalwerbende Faktoren dar. Deshalb hat der Vorstand des Klinikums ab 1. 1. 1990 die Kinderkrippe mit Öffnungszeiten im Schichtdienst um 8 Plätze erweitert.

Die Klinikumsleitung ist auch bemüht, betriebsintern kurzfristige Wege zur Situationsverbesserung zu finden. So wird verstärkt die vor einigen Jahren begonnene Einführung von neuen Arbeitsstrukturen und Pflegekonzepten fortgesetzt, die neben individuellerer Betreuung des Patienten eine stärkere Identifikation mit der beruflichen Tätigkeit ermöglicht.

Der Klinikumsvorstand hat außerdem eine Arbeitsgruppe zur Verbesserung der Situation im Pflegedienst eingesetzt, die Maßnahmen zur Entlastung des Pflegepersonals sowie auch zur Verbesserung des Arbeits- und Betriebsklimas am Arbeitsplatz „Krankenpflege“ erarbeiten soll. Es wird inner- und außerbetrieblich verstärkt notwendig sein, den Anteil der Pflege an der Gesamtbetriebsleistung — seiner Bedeutung entsprechend — zu würdigen und zu gewichten. Dies wäre eine grundlegende Chance, das Image der Pflegeberufe zu verbessern und sie somit attraktiver zu gestalten.

Bauliche Situation

1989 waren die wesentlichen Entscheidungen zur Bauplanung im Klinikum unmittelbar oder mittelbar von der Notwendigkeit zur Asbestentsorgung in verschiedenen Gebäuden bestimmt. Nicht zuletzt die Anmeldung der von den Asbestfunden ausgelösten Baumaßnahmen in den Gebäuden 23, 14, und 11 mit einem Gesamtvolumen von über 120 Mio. DM veranlaßten den Wissenschaftsrat zu einem Besuch des Klinikums im Juni 1989, um sich vor Ort einen Eindruck über die aktuelle Situation sowie über die langfristigen Entwicklungstendenzen des Klinikums zu machen. Die vorgestellte Planung, in einen erweiterten Zentralbau mittelfristig die Mehrzahl der operativen Fächer zusammenzufassen, den Erweiterungsbau zunächst jedoch für die Auslagerung von Funktionsbereichen aus dem Flachbauteil des Gebäudes 23 während der Asbestentsorgung zu nutzen, fand die grundsätzliche Zustimmung des Medizin-

ausschusses des Wissenschaftsrates. Parallel zu der mit etwa 4 Jahren veranschlagten Vorlaufzeit für die Planung dieses Anbaus werden in den Bettengeschossen sowie im Tiefgeschoß des Zentralbaus die Entsorgungsarbeiten fertiggestellt werden.

Die Notwendigkeit, diesen Anbau zunächst zur Auslagerung von Betriebsstellen aus dem Zentralbau zu verwenden, bedeutet für die in Altbausubstanz unter besonders prekären Bedingungen untergebrachten Zentren der Hals-Nasen-Ohrenheilkunde sowie der Augenheilkunde jedoch, daß der seit 25 Jahren Realität werden kann. Der Wissenschaftsrat teilte daher vorbehaltlos die Auffassung des Klinikumsvorstandes, daß eine Verbesserung dieser derzeitigen Situation nicht mehr länger aufgeschoben werden kann. Die hierfür erarbeitete Konzeption sieht zunächst die Auslagerung der beiden OP-Bereiche in ein Fertiggelände und daran anschließend die Sanierung des Altbaus vor. Der Beginn dieses mit 36 Mio. DM veranschlagten Projektes ist auf Ende 1990 terminiert.

Schwerpunktt Themen im medizinischen Bereich:

Kernspintomographie

Die Einführung der Kernspintomographie ist für das Klinikum ein Projekt von hoher Priorität und an sich längst überfällig. Leider hat sich das Beschaffungsverfahren aufgrund verschiedener, notwendiger Abstimmungsprozesse sowohl mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst als auch mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft verzögert. Das bereits im Oktober 1987 eingeleitete Verfahren nach dem Hochschulbauförderungsgesetz kann im laufenden Jahr leider nicht mehr abgeschlossen werden.

Beabsichtigt ist die Beschaffung eines bildgebenden Gerätes mit niedriger Magnetfeldstärke für die Krankenversorgung und eines zweiten Gerätes für die Forschung über die MR-Spektroskopie. Insbesondere zur Etablierung des Forschungsschwerpunktes Spektroskopie wird im Zentrum der Radiologie eigens eine Abteilung für medizinische Physik eingerichtet. Beabsichtigt ist, die fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit mit verschiedenen anderen Institutionen der Universität.

Das Gesamtbeschaffungsvolumen für beide MR-Geräte einschließlich der erforderlichen Baumaßnahmen wird ca. 22 Mio. DM beantragen.

Organtransplantationszentrum

Auf dem Weg zur Einrichtung eines Organtransplantationszentrums ist es auf dem Vorstand des Klinikums gelungen, wiederum ein kleines Stück weiterzukommen. Nach langdauernden Vorbereitungs- und Abstimmungsprozessen mit dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst konnte in den vergangenen Wochen mit der Deutschen Stiftung Organtransplantation e. V. die Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit dem Ziel der Steigerung der Organtransplantationen am Universitätsklinikum abgeschlossen werden. Dadurch wird es möglich, zusätzliche Stellen, insbesondere für Pflegekräfte, aber auch für Ärzte und medizinisch-technisches Personal in Zusammenarbeit mit der Stiftung für Herz- und Lebertransplantationen bereitzustellen. Anliegen des Vorstandes des Klinikums ist es nun, diese Stellen auch zu besetzen, damit die Transplantationskapa-

Stiftungsgastdozentur Poetik

Hans Christoph Buch

hält im Sommersemester 1990 fünf Vorlesungen zum Thema:

Die Nähe und die Ferne

Bausteine zu einer Poetik des kolonialen Blicks

Die Vorlesungen finden statt jeweils dienstags, 24. April, 8., 15., 22. und 29. Mai 1990, 18 bis 19 Uhr, im Hörsaal VI des Hauptgebäudes, Bauteil D.

Ab 24. April 1990 hält Christoph Buch auch ein Seminar zur Vorlesung. Die Teilnehmerzahl für das Seminar ist begrenzt. Schriftliche Anmeldungen mit einer Begründung des Interesses sind bis 12. April 1990 an Prof. Dr. Volker Bohn, Institut für deutsche Sprache und Literatur II, Gräfstraße 76, zu richten. Über die Aufnahme ergeht eine schriftliche Mitteilung.

Am 24. April 1990 wird um 17 Uhr in der Stadt- und Universitätsbibliothek, Bockenheimer Landstraße 134—138, eine Ausstellung zu Leben und Werk von Hans Christoph Buch eröffnet.

zitäten dem Bedarf entsprechend ausgeweitet werden können. Die erforderlichen räumlichen Ressourcen sollen im kommenden Jahr durch die Einrichtung einer Transplantationsstation im Zentralbau des Klinikums bereitgestellt werden. Ziel ist es, nach Abschluß dieser Maßnahmen jährlich mindestens 25 Leber- und Herztransplantationen durchzuführen.

Versorgung AIDS-Kranker

In der Krankenversorgung hat sich die Situation bei der Behandlung AIDS-Kranker dadurch verschärft, daß es bislang aufgrund des Mangels an Pflegekräften leider nicht gelungen ist, eine zweite Infektionsstation zu eröffnen. Die Zahl der am Klinikum behandelten, am Vollbild AIDS-erkrankter Patienten ist seit Auftreten der ersten AIDS-Fälle im Jahr 1982 auf 469 Patienten gestiegen, fast die Hälfte dieser Patienten ist inzwischen verstorben. Aufgrund der unzureichenden Bettenkapazitäten werden Patienten zunehmend ambulant behandelt, mit der Folge, daß auch hier die verfügbaren Raum- und Pflegekapazitäten kaum mehr ausreichen. Für das erste Quartal 1990 ist daher die Einrichtung einer AIDS-Tagesstation, die als eine Einheit mit der AIDS-Ambulanz betrieben werden soll, beabsichtigt. Die benötigten Räume stehen ebenso wie die Personalstellen bereits zur Verfügung.

Positronen-Emissions-Tomographie

Bei der Positronen-Emissions-Tomographie (PET) handelt sich nach übereinstimmender Meinung der Radiologen wie der Nuklearmediziner um ein Verfahren mit großen Zukunftsperspektiven sowohl für die Krankenversorgung als auch für die Forschung. Mit dem PET-Verfahren sind Stoffwechselfvorgänge darstellbar, die mit keinem anderen diagnostischen Verfahren erfaßt werden können. Es handelt sich um ein bildgebendes Verfahren, wobei ähnlich wie beim Computertomographen die dreidimensionale Darstellung möglich ist. Der Vorstand des Klinikums unterstützt das Anliegen des Zentrums der Radiologie, die Positronen-Emissions-Tomographie am Klinikum einzuführen. Zur Zeit wird ein wissenschaftliches Konzept über die möglichen Anwendungsgebiete im Zentrum der Radiologie erarbeitet. Anschließend soll die Beschaffungsmaßnahme eingeleitet werden, wobei die Beschaffungskosten sich auf mindestens 7 Mio. DM belaufen werden.

Wirtschaftliche Situation

Die Budgetverhandlungen für den Pflegesatzzeitraum 1990 sind inzwischen beendet. Mit den Krankenkassen konnte weitgehend Einigkeit über die Budgets und Sonderentgelte für das Klinikum erzielt werden. Der allgemeine Pflegesatz wird sich im kommenden Jahr voraussichtlich auf 461,74 DM belaufen, besondere Pflegesätze wurden für die Kinderonkologie (912,92 DM) die Neonatologie (1026,48 DM) und erstmals auch für die Neurochirurgie (557,95 DM) vereinbart. Sonderentgelte wurden wiederum für Herz-, Leber-, Knochenmark- und Nierentransplantationen, für Operationen am offenen Herzen mit der Herz-Lungen-Maschine, für Ballondilatationen, die Nierenlithotripsie, die Implantation eines Herzschrittmachers und vier weitere besondere Leistungen vereinbart. Unter Berücksichtigung der vorausgerechneten Berechnungstage für das Jahr 1989 ergibt sich ein stationäres Finanzierungsvolumen von insgesamt ca. 252 Mio. DM. Für 1990 wurde dabei ein erheblicher, weiterer Belegungsrückgang einkalkuliert, da eine Verbesserung der Besetzungssituation im Pflegedienst zur Zeit nicht erkennbar ist.

Im Vergleich zur Pflegesatzvereinbarung 1989 berechnet sich eine Budgetsteigerung von 3,7%, die nach Einschätzung des Vorstandes des Klinikums ausreichend sein muß, um die erwarteten Kostensteigerungen im kommenden Jahr aufzufangen.

Sehr positiv bewertet der Vorstand des Klinikums, daß es gelungen ist, trotz zahlreicher unbesetzter Stellen mit den Krankenkassen eine Stellenvermehrung für die Berufsgruppe des Pflegedienstes zu vereinbaren. Die Vertragsparteien haben anerkannt, daß die Schaffung angemessener Stellenpläne eine wesentliche Voraussetzung für den Erhalt des vorhandenen Personals bzw. die Anwerbung neuer Kräfte darstellt. Der Vorstand des Klinikums bedankt sich daher auch bei den Vertragsparteien für deren Bereitschaft, die Bedarfskriterien für die Pflegepersonalberechnung weiter zu aktualisieren. Hierzu wurden unabhängig von den Budgetverhandlungen Gespräche vereinbart, wobei davon auszugehen ist, daß sich nach Abschluß dieser Gespräche ein von den Krankenkassen anerkanntes Stellenvolumen ergibt, das noch erheblich über dem derzeitigen Stellenplan des Klinikums für die Berufsgruppe des Pflegedienstes liegen wird.

Am Institut für Markt und Plan, Professur für Hochschuldidaktik der Wirtschaftswissenschaften, Professor Dr. L. Czayka, ist ab 1. 3. 1990 eine

STUDENTISCHE HILFSKRAFT OHNE ABSCHLUSS

einzustellen. Die monatliche Arbeitszeit beträgt ca. 39 Stunden. Von den Bewerbern werden neben dem Abschluß der Zwischenprüfung gute Kenntnisse auf dem Gebiet der Volkswirtschaftlichen Theorie sowie die Bereitschaft zur Arbeit mit einem PC erwartet. Die Aufgaben bestehen aus folgenden Tätigkeiten: Bibliotheksarbeiten und allgemeine Hilfsarbeiten für die Vorbereitung und Durchführung von Lehre und Forschung am Lehrstuhl.

Interessenten wenden sich bitte bis zum 15. 2. 1990 an das Institut für Markt und Plan, Professur für Hochschuldidaktik der Wirtschaftswissenschaften, Professor Dr. L. Czayka, Mertonstr. 17, 6000 Frankfurt/M., Raum 403 D, Tel.: 069 - 7983369.

Im Fachbereich Chemie — Institut für Anorganische Chemie — ist ab 1. 2. 1990 die Stelle eines/einer

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS/IN (BAT II a) HALBTAGS

befristet zunächst für die Dauer von 3 Jahren zu besetzen. Der Bewerber/die Bewerberin soll folgende Aufgaben wahrnehmen: — Mitarbeit in den anorganisch-chemischen Praktika. — Mitarbeit im Forschungsprojekt Topochemische Aspekte von Festkörper-Gasreaktionen.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem/der wissenschaftlichen Mitarbeiter/in Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben. Bewerbungen sind binnen 10 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige an den Dekan des Fachbereichs Chemie, Niederurseler Hang, 6000 Frankfurt (Main) 50, zu richten.

Für die Technische Abteilung des Klinikums suchen wir eine(n)

LEITER(IN) DER ABTEILUNG MEDIZINTECHNIK

Das Klinikum verfügt über einen umfangreichen und modernen medizinischen Gerätepark.

Einstellungsvoraussetzungen sind ein abgeschlossenes Ingenieurstudium und Erfahrungen auf dem Gebiet Medizintechnik. Darüber hinaus sind Krankenhauserfahrungen und betriebswirtschaftliche Kenntnisse erwünscht.

Wir erwarten von Ihnen: — Ein hohes Maß an Organisations-, Beurteilungs- und Mitteilungsfähigkeit im Hinblick auf einen rationalen und wirtschaftlichen Geräteinsatz. — Beherrschung der Grundsätze, die sich aus der MedGV, der RÖV (Röntgenverordnung) und deren Anwendung ergeben.

— Kooperationsbereitschaft, EDV-Kenntnisse, Personalführung. Die Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des Bundes-Angebotentarifvertrages.

Neben den im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen und insbesondere einem krisenfesten Arbeitsplatz werden geboten: 13. Monatsgehalt, Urlaubsgeld, zusätzliche beitragsfreie Altersversorgung, Mithilfe bei der Zimmer- und Wohnungsbeschaffung. Schwerbehinderte werden bei gleicher persönlicher und fachlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt, sofern die Behinderung der Übertragung dieser Aufgaben nicht entgegensteht.

Interessenten richten ihre Bewerbung bitte mit den üblichen Unterlagen (Ausbildungsnachweise, Lichtbild, Lebenslauf, Nachweis über seitherige berufliche Tätigkeiten, Zeugnisse in Fotokopie, bis spätestens 3 Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige an das Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Theodor-Stern-Kai 7, 6000 Frankfurt am Main 70.

Im Frauenrat am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften sind zum 1. 3. 1990 zwei Stellen für

STUDENTISCHE HILFSKRÄFTE OHNE ABSCHLUSS

mit 60 Stunden/Monat für Koordinations- und Entlastungsaufgaben zu besetzen. Voraussetzung ist ein abgeschlossenes Grundstudium. Gewünscht wird frauenpolitisches Engagement.

Bewerbungen sind bis zum 14. 2. 1990 zu richten an: Dekan Fachbereich Gesellschaftswissenschaften, Senckenberganlage 15, 6000 Frankfurt/Main 1.

Im Fachbereich Mathematik (Arbeitsgruppe 8.2) ist zum 16. Mai 1990 die Stelle eines/r

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS/IN (BAT II a)

befristet zunächst für die Dauer von drei Jahren für das Arbeitsgebiet „Zahlentheorie“ zu besetzen. Es sind wissenschaftliche Dienstleistungen in Lehre und Forschung zu erbringen. Erwartet werden gute Kenntnisse in analytischer Zahlentheorie und Funktionentheorie.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem/r Wissenschaftlichen Mitarbeiter/in Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeit an einer Dissertation, gegeben.

Einstellungsvoraussetzungen: abgeschlossenes Studium der Mathematik. Bewerbungen sind bis 3 Wochen nach Veröffentlichung dieser Ausschreibung an Prof. Dr. W. Schwarz, FB Mathematik, Robert-Mayer-Straße 10, zu richten.

Im FB Wirtschaftswissenschaften (Professur für BWL, insbesondere Bankbetriebslehre) ist, befristet zunächst für die Dauer von drei Jahren, ab 1. Juni 1990 die Stelle eines/r

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS/IN (BAT II a)

zu besetzen. Das Aufgabengebiet umfaßt wissenschaftliche Dienstleistungen in Forschung und Lehre. Erwartet wird ein abgeschlossenes Studium der Betriebs- oder Volkswirtschaftslehre mit besonderen Kenntnissen der Bankbetriebslehre und/oder der Finanzierungs- und Kapitalmarkttheorie. Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Frankfurt strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen bei den Wissenschaftlichen Mitarbeitern an und fordert daher Frauen ausdrücklich auf, sich zu bewerben.

Den Bewerbern/innen wird im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten die Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben.

Bewerbungen sind bis spätestens 14 Tage nach Erscheinen dieser Ausschreibung zu richten an: Seminar für Bankbetriebslehre, Prof. Dr. Wolfram Engels, Mertonstraße 17, 6000 Frankfurt 11.

Im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften ist zum 1. 4. 1990 die Stelle eines/einer

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS/IN (halbtags) (BAT II a)

zu besetzen. Der/Die Bewerber/in soll an der Professur für Betriebswirtschaftslehre (Prof. Dr. Winfried Mellwig) wissenschaftliche Dienstleistungen zur Vorbereitung und Betreuung von Forschung und Lehre sowie der Verwaltung der wissenschaftlichen Bibliothek erbringen. Ein erfolgreich abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium sowie gute Kenntnisse in Allgemeiner Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Betriebswirtschaftliche Steuerlehre und/oder Wirtschaftsprüfung werden vorausgesetzt. Im Rahmen bestehender Möglichkeiten wird dem/der wissenschaftlichen Mitarbeiter/in Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation, gegeben.

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Frankfurt strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern an und fordert daher Frauen ausdrücklich auf, sich zu bewerben.

Bewerbungen sind bis spätestens 14 Tage nach Erscheinen des UNI-REPORTS zu richten an: Professur für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre, Prof. Dr. Winfried Mellwig, Mertonstraße 17, Raum 405 B.

Im FB Wirtschaftswissenschaften (Professur für BWL, insbesondere Bankbetriebslehre) ist befristet zunächst für die Dauer von drei Jahren ab sofort eine halbe Stelle — mit Aussicht auf spätere Umwandlung in eine ganze Stelle — eines/r

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS/IN (BAT II a)

zu besetzen. Das Aufgabengebiet umfaßt wissenschaftliche Dienstleistungen in Forschung und Lehre. Erwartet wird ein abgeschlossenes Studium der Betriebs- oder Volkswirtschaftslehre mit besonderen Kenntnissen der Bankbetriebslehre und/oder der Finanzierungs- und Kapitalmarkttheorie. Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Frankfurt strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen bei den Wissenschaftlichen Mitarbeitern an und fordert daher Frauen ausdrücklich auf, sich zu bewerben.

Den Bewerbern/innen wird im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten die Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben.

Bewerbungen sind bis spätestens 14 Tage nach Erscheinen dieser Ausschreibung zu richten an: Seminar für Bankbetriebslehre, Prof. Dr. Wolfram Engels, Mertonstraße 17, 6000 Frankfurt 11.

Im Institut für Pharmazeutische Chemie ist zum 1. 3. 1990 die Stelle eines/r WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS/IN (BAT II a)

befristet zunächst für die Dauer von 3 Jahren zu besetzen. Aufgabengebiet: Mithilfe im Praktikum Analytische Chemie II (Leiter: Prof. Dr. H. Oelschläger) gemäß Approbationsordnung für Apotheker vom 23. 8. 1971.

Einstellungsvoraussetzungen: Pharmazeutisches Staatsexamen und Approbation als Apotheker. Bereits gewonnene Erfahrungen bei der Betreuung von Pharmaziestudenten in analytisch-chemischen bzw. pharmazeutisch-chemischen Praktika würden dienlich sein. Die Stelle dient der wissenschaftlichen Weiterqualifikation des/r Inhabers/in; im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden innerhalb von 8 Tagen nach Erscheinen der Anzeige an das Sekretariat des Instituts für Pharmazeutische Chemie, Georg-Voigt-Str. 14, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt am Main 11, erbeten.

Am Institut für Theoretische Physik, Fachbereich 13, sind in der Arbeitsgruppe von Prof. Dr. H. Haug zwei

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITERSTELLEN (BAT II a/2)

befristet zunächst zum 1. 3. 1990 für die Dauer von 3 Jahren zu besetzen. Aufgabengebiete: Mitarbeit an der Erforschung der Theorie von Halbleitern. Speziell sollen sich die Bewerber/innen mit der Theorie der Quantendrähten einerseits und andererseits mit der Theorie von Halbleitern mit kompositioneller Unordnung befassen. Vorbereitung, Organisation und Betreuung von Theoretika, Mitarbeit bei der Herstellung von Vorlesungsskripten und Dienstleistungen im Rahmen des Hessischen Universitätsgesetzes. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem/der wissensch. Mitarbeiter/in Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation/Habilitation gegeben.

Einstellungsvoraussetzung: Abgeschlossenes Hochschulstudium mit Hauptfach Theoretische Physik. Bewerbungen sind bis 14 Tage nach Erscheinen der Anzeige zu richten an Prof. Dr. H. Haug, Institut für Theoretische Physik der Universität, Robert-Mayer-Str. 8, 6000 Frankfurt.

Im Institut für Pharmazeutische Chemie ist ab sofort die Stelle eines/r

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS/IN (BAT II a)

befristet zunächst für die Dauer von 3 Jahren zu besetzen. Aufgabengebiet: Mithilfe im Praktikum Pharmazeutische Chemie I (Leiter: Prof. Dr. H. Linde) gemäß Approbationsordnung für Apotheker vom 23. 8. 1971.

Einstellungsvoraussetzungen: Pharmazeutisches Staatsexamen und Approbation als Apotheker oder Diplomprüfung für Chemiker. Bereits gewonnene Erfahrungen bei der Betreuung von Pharmaziestudenten in analytisch-chemischen bzw. pharmazeutisch-chemischen Praktika würden dienlich sein. Die Stelle dient der wissenschaftlichen Weiterqualifikation des/r Inhabers/in; im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden innerhalb von 8 Tagen nach Erscheinen der Anzeige an das Sekretariat des Instituts für Pharmazeutische Chemie, Georg-Voigt-Str. 14, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt am Main 11, erbeten.

Im Fachbereich Gesellschaftswissenschaften (wBE Produktion/Sozialstruktur, Schwerpunkt sozialstruktureller und kultureller Wandel) ist sofort die Stelle einer/eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERIN/MITARBEITERS (BAT II a)

befristet zunächst für die Dauer von drei Jahren vorbehaltlich der Zuweisung durch den HMWK zu besetzen.

Das Aufgabengebiet umfaßt wissenschaftliche Dienstleistungen in der Organisation, Vorbereitung und Durchführung von Forschung und Lehre. Von der/dem Bewerberin/Bewerber werden gute theoretische und methodische Kenntnisse zur Soziologie sozialen Wandels erwartet. Sie/er sollte empirisch gearbeitet haben und sowohl mit den Methoden der Sozialforschung als auch mit elektronischer Datenverarbeitung und Rechensysteme vertraut sein. Zu den Aufgaben gehören die Implementierung von Datensätzen und die Durchführung komplexer Auswertungen und deren Vermittlung in Empiriepraktika. Kenntnisse in der Auswertung von Paneldaten sind von Vorteil. Englische oder französische Sprachkenntnisse sind Voraussetzung. Der/dem Bewerberin/Bewerber wird im Rahmen des Schwerpunkts Gelegenheit zu eigener wissenschaftlicher Arbeit und zur Arbeit an einer Dissertation gegeben. Der Fachbereich Gesellschaftswissenschaften strebt eine Erhöhung des Anteils von Frauen an und fordert qualifizierte Frauen nachdrücklich auf, sich zu bewerben.

Bewerbungen sind innerhalb von 10 Tagen nach Erscheinen dieser Anzeige an den Dekan des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften, Robert-Mayer-Str. 5, 6000 Frankfurt am Main, zu richten.

Das Klinikum sucht geeignete und interessierte Mitarbeiter für den

ORDNUNGSDIENST (PFORTEN- UND GELÄNDEAUF SICHT)

Diese Tätigkeit ist im Wechselschichtdienst (Früh-, Spät- und Nachtdienst, 39 Stunden wöchentlich einschließlich Samstags-, Sonntags- und Feiertagsdienst) zu versehen.

Neben gesundheitlicher Eignung und guten Umgangsformen sind schnelle Auffassungsgabe und geistige Beweglichkeit Voraussetzung. Bewerber mit einschlägigen beruflichen Erfahrungen im Wach- und Pfortendienst werden bevorzugt.

Neben den im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen und insbesondere einem krisenfesten Arbeitsplatz werden geboten: 13. Monatsgehalt, Zeitzuschläge und Wechselschichtzulage, Urlaubsgeld, zusätzliche beitragsfreie Altersversorgung, Mithilfe bei der Zimmer- oder Wohnungsbeschaffung. Schwerbehinderte werden bei gleicher persönlicher und fachlicher Eignung bevorzugt berücksichtigt, sofern die Behinderung der Übertragung dieser Aufgaben nicht entgegensteht.

Interessenten richten ihre Bewerbung bitte mit den üblichen Unterlagen (Lichtbild, Lebenslauf, Zeugnisnachweise, Ausbildungsnachweise, Nachweise über die seitherige berufliche Tätigkeit) bis 3 Wochen nach Erscheinen dieser Ausschreibung an das Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main, Theodor-Stern-Kai 7, 6000 Frankfurt am Main 70.

Im Fachbereich Geschichtswissenschaften (FB 8) — Seminar für Didaktik der Geschichte — ist eine

STUDENTISCHE HILFSKRAFT

zum Sommersemester mit 26 Std. mtl. einzustellen. Aufgabengebiet: Unterstützende Tätigkeiten in der Vorbereitung von Lehrveranstaltungen, in Amts- und Dienstgeschäften, bei der Literaturbeschaffung für die Forschung in der Bibliothek.

Im Fachbereich Geographie ist am Institut für Didaktik der Geographie ab 1. 4. 1990 die Stelle einer

WISS. MITARBEITERIN/EINES WISS. MITARBEITERS (BAT II a)

befristet zunächst für die Dauer von 3 Jahren zu besetzen. Aufgabengstellung: Mitarbeit beim Aufbau des Lehr- und Forschungsbereiches Umwelterziehung, Teilnahme an der Selbstverwaltung und Übernahme von Verwaltungsaufgaben.

Voraussetzungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium in Geographie und möglichst in einem naturwissenschaftlichen Fach, 1. und 2. Staatsexamen für Haupt- und Realschule oder Gymnasium bzw. vergleichbare pädagogische Erfahrungen, Bereitschaft, sich in eine Programmiersprache und Evaluationsmethoden einzuarbeiten.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis 14 Tage nach Erscheinen der Anzeige zu richten an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Didaktik der Geographie, Schumannstraße 58, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt 11.

Das Institut für Deutsche Sprache und Literatur II, Fachbereich 10, Neuere Philologien, stellt für das Sommersemester 1990 (Einstellungszeitraum 16. April bis 15. Juli 1990)

STUDENTISCHE TUTOREN/TUTORINNEN

mit zwei Wochenstunden zu folgenden Lehrveranstaltungen ein:

Neuere deutsche Literaturwissenschaft: Die Zeit der Weimarer Klassik (Altenhofer)

Einführung in die neuere deutsche Literaturwissenschaft (Altenhofer)

Einführung in die neuere deutsche Literaturwissenschaft (Jeziorkowski)

Einführung in die Wissenschaftstheorie (Naumann)

Ältere deutsche Literaturwissenschaft: Einführung in die ältere deutsche Literaturwissenschaft I (Metzner)

Einführung in die ältere deutsche Literaturwissenschaft I (Seitz)

Deutsche Sprachwissenschaft (histor. u. systemat.): Einführung in die systemat. Sprachwissenschaft: Linguistik II (Grewendorf)

Einführung in die systemat. Sprachwissenschaft: Linguistik I (Wilder)

Einführung in die historische Sprachwissenschaft: Althochdeutsch (Frey)

Einführung in die historische Sprachwissenschaft: Einführung ins Mittelhochdeutsche (Könneker)

Frauenforschungstutorium: Kurt Tucholsky (1890 — 1935) (Lepper)

Einstellungsvoraussetzung für studentische Tutoren/Tutorinnen: viersemestriges Studium der Germanistik in den angegebenen Schwerpunkten. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis 14 Tage nach Erscheinen dieser Anzeige zu richten an die genannten Professoren am Institut für Deutsche Sprache und Literatur II, FB 10, Neuere Philologien, J. W. Goethe-Universität, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt 11.

Hinweis für Bewerber mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit: Wir bitten Bewerber mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit, diese Tatsache bei der Bewerbung anzugeben, weil die Beschäftigung eine besondere Genehmigung der hessischen Landesregierung voraussetzt, die gesondert beantragt werden muß und deren Erteilung mindestens sechs Wochen dauert.

Am Fachbereich Informatik (20) ist ab sofort eine halbe Stelle einer/eines

BIBLIOTHEKSANGESTELLTEN (BAT VI b)

zu besetzen. Diese Stelle ist befristet bis zum 19. 4. 1991.

Das Arbeitsgebiet umfaßt die selbständige Führung der Zeitschriften- und Ausleihkartei, Mitarbeit bei der Inventarisierung/Beschriftung bzw. der Katalogisierung; außerdem die Vertretung der Diplombibliothekarin bzw. der Dekanats-Verwaltungsangestellten.

Anforderungen: Wir erwarten gründliche und vielseitige Fachkenntnisse, mehrjährige Berufserfahrung, Fähigkeit zum selbständigen Arbeiten, gute Englischkenntnisse und Interesse an EDV.

Die Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zwei Wochen nach Erscheinen dieser Anzeige zu richten an: Dekan des Fachbereichs Informatik (20), Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt/Main 11.

Das Institut für Physische Geographie, FB Geowissenschaften (17), stellt für das Sommersemester 1990 (Einstellungszeitraum 3 Monate)

1 AKADEMISCHEN TUTOR mit 4 Wochenstunden und 2 STUDENTISCHE TUTOREN mit 4 Wochenstunden

ein.

Aufgabengebiet: Einführung in das Gelände (Betreuung von Gruppen. Verantwortl. Professor: Prof. Dr. Arno Semmel.

Bewerbungen sind an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Physische Geographie, Senckenberganlage 36, 6000 Frankfurt am Main, bis zum 25. Februar 1990 zu richten.

Im Institut für Pharmazeutische Chemie ist zum 1. 4. 1990 die Stelle eines/r

BIBLIOTHEKSANGESTELLTEN (BAT Vc)

wieder zu besetzen. Der/die Bewerber/in muß in der Lage sein, alle in einer Präsenzbibliothek mit ca. 12 000 Bänden bei ca. 60 Periodika anfallenden Arbeiten selbstständig zu erledigen. Englische Sprachkenntnisse sind erforderlich, chemische Kenntnisse wären wünschenswert. In gewissem Umfang sind wissenschaftliche Schreibarbeiten zu erbringen. Einarbeitung wird geboten. Von dem/der Bewerber/in wird im Hinblick auf das differenzierte Leserpublikum Sicherheit im Auftreten zur Wahrung der Belange der Bibliothek erwartet.

Die Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden innerhalb von 8 Tagen nach Erscheinen der Anzeige an das Sekretariat des Instituts für Pharmazeutische Chemie, Georg-Voigt-Str. 14, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt am Main 11, erbeten.

Im Fachbereich Biochemie, Pharmazie und Lebensmittelchemie, Institut für Pharmazeutische Technologie, ist zum 1. 3. 1990 die Stelle eines/r

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS/IN (BAT II a)

befristet zunächst für die Dauer von 3 Jahren zu besetzen. Einstellungsvoraussetzung: abgeschlossenes pharmazeutisches Hochschulstudium.

Aufgabengebiet: Mitarbeit in der Praktika „Propädeutische Arzneiformenlehre“ und „Arzneiformenlehre“; Mitarbeit bei Forschungsvorhaben. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben. Bewerbungen sind bis spätestens 14 Tage nach Erscheinen der Anzeige zu richten an Prof. Dr. J. Kreuter, Institut für Pharmazeutische Technologie, Georg-Voigt-Str. 16, 6000 Frankfurt/Main, Tel. 069 / 7 98 - 83 78.

Im Fachbereich Biochemie, Pharmazie und Lebensmittelchemie ist am Institut für Lebensmittelchemie ab 1. 4. 1990 eine Halbtagsstelle für

WISSENSCHAFTLICHE MITARBEITER/INNEN (BAT II a)

befristet zunächst für die Dauer von 3 Jahren neu zu besetzen. Das Aufgabengebiet umfaßt Mitarbeit bei der Betreuung des lebensmittelchemischen Praktikums und bei den laufenden Forschungs- und Verwaltungsaufgaben des Instituts.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem/der wiss. Mitarbeiter/in Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben. Einstellungsvoraussetzung: abgeschlossenes Hochschulstudium der Lebensmittelchemie.

Bewerbungen sind bis 14 Tage nach Erscheinen der Anzeige an den Dekan des Fachbereichs Biochemie, Pharmazie und Lebensmittelchemie, Robert-Mayer-Str. 7—9, 6000 Frankfurt/Main, zu richten.

Am Institut für Theoretische Physik, Fachbereich 13, sind zum 1. 3. 1990 befristet zunächst für die Dauer von 3 Jahren zwei halbe Stellen eines/r

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS/IN (BAT II a)

zu besetzen. Gegebenenfalls kann die Stelle auch als volle Stelle besetzt werden. Das Aufgabengebiet umfaßt wissenschaftliche Dienstleistungen zur Vorbereitung und Durchführung von Forschung und Lehre, insbesondere Überwachung der Rechneranlagen und Anleitung in der Datenverarbeitung, Betreuung von Theoretika, Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe über Fragen der atomaren Streutheorie und des quantenmechanischen Vielteilchenproblems. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem/der Mitarbeiter/in Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation (Habilitation) gegeben.

Einstellungsvoraussetzung: abgeschlossenes Hochschulstudium mit Hauptfach Theoretische Physik (Promotion), Kenntnisse auf dem Gebiet der Datenverarbeitung und Vorkenntnisse auf dem obigen Forschungsbereich. Bewerbungen sind bis 14 Tage nach Erscheinen dieser Ausschreibung zu richten an Herrn Prof. Dr. R. Dreizler, Institut für Theoretische Physik, Robert-Mayer-Str. 10.

Im Institut für Theoretische Physik, Fachbereich 13, sind zum 1. 3. 1990 befristet zunächst für die Dauer von 3 Jahren zwei halbe Stellen eines/r

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS/IN (BAT II a)

zu besetzen. Gegebenenfalls kann die Stelle auch als volle Stelle besetzt werden. Das Aufgabengebiet umfaßt wissenschaftliche Dienstleistungen zur Vorbereitung und Durchführung von Forschung und Lehre, insbesondere Überwachung der Rechneranlagen und Anleitung in der Datenverarbeitung, Betreuung von Theoretika, Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe über Fragen der atomaren Streutheorie und des quantenmechanischen Vielteilchenproblems. Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird dem/der Mitarbeiter/in Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation (Habilitation) gegeben.

Einstellungsvoraussetzung: abgeschlossenes Hochschulstudium mit Hauptfach Theoretische Physik (Promotion), Kenntnisse auf dem Gebiet der Datenverarbeitung und Vorkenntnisse auf dem obigen Forschungsbereich. Bewerbungen sind bis 14 Tage nach Erscheinen dieser Ausschreibung zu richten an Herrn Prof. Dr. R. Dreizler, Institut für Theoretische Physik, Robert-Mayer-Str. 10.

Im Fachbereich Geographie ist am Institut für Didaktik der Geographie ab 1. 4. 1990 die Stelle einer

WISS. MITARBEITERIN/EINES WISS. MITARBEITERS (BAT II a)

befristet zunächst für die Dauer von 3 Jahren zu besetzen. Aufgabengstellung: Mitarbeit beim Aufbau des Lehr- und Forschungsbereiches Umwelterziehung, Teilnahme an der Selbstverwaltung und Übernahme von Verwaltungsaufgaben.

Voraussetzungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium in Geographie und möglichst in einem naturwissenschaftlichen Fach, 1. und 2. Staatsexamen für Haupt- und Realschule oder Gymnasium bzw. vergleichbare pädagogische Erfahrungen, Bereitschaft, sich in eine Programmiersprache und Evaluationsmethoden einzuarbeiten.

Im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten wird Gelegenheit zu selbstbestimmter Forschung, insbesondere zu Arbeiten an einer Dissertation gegeben. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis 14 Tage nach Erscheinen der Anzeige zu richten an den geschäftsführenden Direktor des Instituts für Didaktik der Geographie, Schumannstraße 58, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt 11.

Das Institut für Deutsche Sprache und Literatur II, Fachbereich 10, Neuere Philologien, stellt für das Sommersemester 1990 (Einstellungszeitraum 16. April bis 15. Juli 1990)

STUDENTISCHE TUTOREN/TUTORINNEN

mit zwei Wochenstunden zu folgenden Lehrveranstaltungen ein:

Neuere deutsche Literaturwissenschaft: Die Zeit der Weimarer Klassik (Altenhofer)

Einführung in die neuere deutsche Literaturwissenschaft (Altenhofer)

Einführung in die neuere deutsche Literaturwissenschaft (Jeziorkowski)

Einführung in die Wissenschaftstheorie (Naumann)

Ältere deutsche Literaturwissenschaft: Einführung in die ältere deutsche Literaturwissenschaft I (Metzner)

Einführung in die ältere deutsche Literaturwissenschaft I (Seitz)

Deutsche Sprachwissenschaft (histor. u. systemat.): Einführung in die systemat. Sprachwissenschaft: Linguistik II (Grewendorf)

Einführung in die systemat. Sprachwissenschaft: Linguistik I (Wilder)

Einführung in die historische Sprachwissenschaft: Althochdeutsch (Frey)

Einführung in die historische Sprachwissenschaft: Einführung ins Mittelhochdeutsche (Könneker)

Frauenforschungstutorium: Kurt Tucholsky (1890 — 1935) (Lepper)

Einstellungsvoraussetzung für studentische Tutoren/Tutorinnen: viersemestriges Studium der Germanistik in den angegebenen Schwerpunkten. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis 14 Tage nach Erscheinen dieser Anzeige zu richten an die genannten Professoren am Institut für Deutsche Sprache und Literatur II, FB 10, Neuere Philologien, J. W. Goethe-Universität, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt 11.

Hinweis für Bewerber mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit: Wir bitten Bewerber mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit, diese Tatsache bei der Bewerbung anzugeben, weil die Beschäftigung eine besondere Genehmigung der hessischen Landesregierung voraussetzt, die gesondert beantragt werden muß und deren Erteilung mindestens sechs Wochen dauert.

Schwerbehinderte werden bei gleicher

Qualifikation bevorzugt

Im Fachbereich 11, Institut für Orientalische und Ostasiatische Philologien, Turkologie, ist zum 1. 5. 1990 die halbe Stelle eines/r

LEKTORS/IN FÜR TÜRKISCH

(BAT II a), befristet zunächst für die Dauer von 2 Jahren, zu besetzen. Aufgabengebiet: Sprachlehraufgaben (Anfänger und Fortgeschrittene, 6 Semesterwochenstunden) sowie Mitwirkung an den übrigen Aufgaben der Abteilung (türkische Korrespondenz etc.).

Einstellungsvoraussetzungen: Abgeschlossenes Hochschulstudium. Zweisprachigkeit Deutsch/Türkisch. Langjährige Erfahrung im Türkischunterricht für Ausländer. Vertrautheit mit Geschichte und Kultur der Turkvölker. Bewerbungen mit Lebenslauf, Studiengang und Berufsweg sind bis zum 16. 2. 1990 erbeten an: Frau Prof. Dr. Barbara M. Kellner, Institut für Orientalische und Ostasiatische Philologien — Turkologie —, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt 1.

Im Botanischen Institut ist ab 1. 3. 1990 die Stelle einer

ANGESTELLTEN IM SCHREIBDIENST (BAT VII HALBTAGS)</

Mittwoch,
31. Januar

Dr. Annemarie Saxalber-Tetter, Eppan (Südtirol):
Südtirol: Literatur- und Sprachunterricht in einem zweisprachigen Gebiet
10.00 Uhr, Georg-Voigt-Straße 10, Raum 101
— Veranstalter: Prof. Dr. Hubert Ivo, Institut für Deutsche Sprache und Literatur I

Hans Hubert M.A.:
Bramantes erster Entwurf für St. Peter
10.15 Uhr, Hörsaal H 4, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Kunstgeschichte Institut

Stephan Fischbach, Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände:
Arbeitsmarktpolitik in Frankfurt aus Arbeitgebersicht
12.15 Uhr, Raum 109, Sozialzentrum
— Veranstaltung im Rahmen der Vortragsreihe „Arbeitsmarktpolitik in Frankfurt“ des Schwerpunktes Ökonomie im Institut für Polytechnik/Arbeitslehre

Prof. Dr. Dietrich Beyrau:
Antrittsvorlesung: Intelligenzija und Revolution in Rußland
12.15 Uhr, Hörsaal H 4, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Fachbereich Geschichtswissenschaften

Privat-Dozentin Dr. Hildegard Spahn: Antrittsvorlesung:

Tips

Mittwoch, 31. Januar

Filmclub: „Citizen Kane“
20.00 Uhr, Friedrich-Dessauer-Haus, Friedrich-Wilhelm-v.-Steuben-Straße 90
— Veranstalter: FDH-Wohnheimreferat

Freitag, 2. Februar

Sudetendeutscher Abend
Politik, Kultur und Kulinarisches aus dem Sudetenland
20.15 Uhr, Ort: siehe Aushang „Verbindungsschaukästen“, Hauptgebäude
— Veranstalter: Verein Deutscher Studenten

Freitag, 9. Februar

Semesterabschlusskneipe
20.15 Uhr, Ort: siehe „Verbindungsschaukästen“, Hauptgebäude
— Veranstalter: Verein Deutscher Studenten

Mittwoch, 14. Februar

Film:
Die Ferien des Monsieur Hulot
20.00 Uhr, Friedrich-Dessauer-Haus, Friedrich-Wilhelm-v.-Steuben-Straße 90
— Veranstalter: Wohnheimreferat FDH

Veranstaltungen

Pharmakologie der Lipidsenker — Biochemie und klinische Aspekte
13.15 Uhr, Großer Hörsaal, Institut für Pharmazeutische Chemie, Georg-Voigt-Straße 14
— Veranstalter: Fachbereich Biochemie, Pharmazie und Lebensmittelchemie

Herr Schack, PR- und Marketingleiter Jaguar Deutschland:
My car is my castle
16.00 Uhr, Hörsaal H 16
— Veranstalter: Marketing zwischen Theorie und Praxis e.V.

Dr. Juan-Manuel Gamarra-Romero, Frankfurt:
Die peruanische Literatur im 20. Jahrhundert: „Momente ihrer Entwicklung“
16.15 Uhr, Hörsaal I, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Universität des 3. Lebensalters

Dr. Haug, Lübeck:
Häufigkeit und klinische Bedeutung des Symptoms „Tageschwankung der Stimmung“
17.15 Uhr, Zentrum der Psychiatrie, Heinrich-Hoffmann-Straße 10
— Forschungsseminar des Zentrums der Psychiatrie

Prof. Dr. Reinhard Genzel, MPI für Extraterrestrische Physik, Garching:
Das galaktische Zentrum
17.15 Uhr, Hörsaal für Angewandte Physik, Robert-Mayer-Straße 2-4
— Physikalisches Kolloquium

Heinz-Jörg Platzek, Frankfurt:
Die Investmentfonds im europäischen Binnenmarkt
17.30 Uhr, Commerzbank AG, Großer Saal, Neue Mainzer Straße 32-36 (Einlaß nur mit Karte), Telefon: 798-2669
— Veranstalter: Institut für Kapitalmarktforschung

Schilddrüsenkarzinom
Moderation:
Prof. Dr. P. S. Mitrou
1. C-Zell-Karzinom (Prof. Dr. H.-D. Röher, Düsseldorf)
2. Karzinome des Follikel epithels (PD Dr. H. Wenisch, Frankfurt)
17.30 Uhr, Großer Hörsaal im Haus 23, Klinikum
— 453. Sitzung der Frankfurter Medizinischen Gesellschaft

Abendführung für Erwachsene:
Wale
18.00 Uhr, Treffpunkt: 1. Lichthof des Senckenberg-Museums (Dinosauriersaal), Senckenberganlage 25
— Veranstalter: Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft

Prof. Dr. Wolfgang Gaebe, Mannheim:
Weltstadt London

19.00 Uhr, Geowissenschaftlicher Hörsaal, Senckenberganlage 34
— Veranstalter: Frankfurter Geographische Gesellschaft

Prof. Dr. E.J. Solovjev, Moskau:
Die Moral- und Rechtsphilosophie von Kant: das Problem der Kritik des politischen Paternalismus
20.15 Uhr, Raum 4 des Fachbereichsgebäudes, Dantestraße 4-6
— Veranstalter: Fachbereich Philosophie

Léon Wurmser, Towson/USA:
Zur Psychoanalyse des Ressentiments
20.15 Uhr, Hörsaal H I, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Institut für Psychoanalyse

Donnerstag,
1. Februar

Prof. Dr. P. Bernd Spahn, Frankfurt:
Zur Reform der Ehegattenbesteuerung
16.15 Uhr, Raum 320 C, Hauptgebäude
— Kolloquium zur Frauenforschung „Steuersystem — frauenfreundlich oder frauenfeindlich?“; eine Veranstaltungsreihe des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften

Erdmut Wizisla, Berlin/Ost:
„Krise und Kritik“. Das Zeitschriftenprojekt von Walter Benjamin und Bertolt Brecht von 1930/31
18.00 Uhr, Alfred-Delp-Haus, Beethovenstraße 28
— Veranstalter: Philosophisches Kolloquium: Kritische Theorie (Kath. Hochschulgemeinde)

Dr. R. Korff, Bielefeld:
Politische und ökonomische Implikationen des Städtewachstums in Südostasien
19.00 Uhr, Geowissenschaftlicher Hörsaal, Senckenberganlage 34
— Veranstalter: Frankfurter Südostasien-Forum

Sr. Christiana Hanßen:
Mein Tanz vor Gott (Übungen im religiösen Tanz)
20.00 Uhr, Alfred-Delp-Haus, Beethovenstraße 28
— Veranstalter: Kath. Hochschulgemeinde

Freitag,
2. Februar

S. Fünriss, Paris:
Über die Jodelsprache bei den Pygmäen
12.00 Uhr, Feldbergstraße 22
— Colloquium Linguisticum Africanum

Fahrt zur Euthanasie-Gedenkstätte Hadamar
13.00 Uhr, Alfred-Delp-Haus,

Beethovenstraße 28, Anmeldung erforderlich!, Tel. 74 80 77
— Veranstalter: Kath. Hochschulgemeinde

Prof. Dr. B. Parthier, Halle (Saale)/DDR:
Wirkungsweise von Jasmonaten: Induzierte Blatt-Seneszenz durch Streß?
14.15 Uhr, Kleiner Hörsaal des Botanischen Instituts, Siesmayerstraße 70
— Botanisches Kolloquium

Prof. Dr. Gernot Wilhelm, Würzburg:
Die deutsch-italienischen Ausgrabungen auf dem Tell Karrana 3 nördlich von Mosul/Irak
17.15 Uhr, Archäologisches Institut, Raum 714, Gräfststraße 76
— Veranstaltung im Rahmen des Kolloquiums „Neue Funde und Forschungen“

Montag,
5. Februar

Claudia Rouvel:
Aktuelle Tendenzen der Kinderliteratur der DDR
16.00 Uhr, Sitzungsraum des Instituts, Myliusstraße 30
— Veranstalter: Institut für Jugendforschung

Dr. R. K. v. Weizsäcker, Universität Bonn:
Demographischer Wandel, Staatshaushalt und Einkommensverteilung
16.00 Uhr, Raum 320 C, Hauptgebäude
— Forschungskolloquium des Sonderforschungsbereichs 3

Dr. Helmut Seidl, Saarbrücken:
Über die endliche Wertigkeit von aufsteigenden Baum-Übersetzern
16.15 Uhr, Raum 307, Robert-Mayer-Straße 11-15
— Informationskolloquium

Dr. Diethard E. Meyer, Essen:
Neue Berufsfelder in den Geowissenschaften aus praxisorientierter Sicht
17.15 Uhr, Geowissenschaftlicher Hörsaal, Senckenberganlage 32-34
— Geowissenschaftliches Kolloquium

Uwe E. Flach, Stellv. Mitglied des Vorstandes Deutsche Genossenschaftsbank:
Investmentbanking für den deutschen Markt
17.15 Uhr, Hörsaal H, Hauptgebäude
— Bankwirtschaftliches Kolloquium

Dienstag,
6. Februar

Prof. Dr. John H. Baker, Cambridge:
The education of common lawyers, 1250-1650
Prof. Dr. Jean-Marie Cauchies, Brüssel:

La professionalisation de la justice dans les tribunaux des principautés des Pays-Bas (belges) à la fin du moyen âge
15.15 Uhr, Hörsaal in der Friedrichstraße 2-6
— Veranstalter: Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte

Dr. Norbert Bolz, Berlin:
Naphtas Luziferismus
16.00 Uhr, Camera, Gräfststraße 79
— Veranstalter: Prof. Dr. Christa Bürger, Institut für Deutsche Sprache und Literatur I

Cheryl Benard und Edith Schläfer, Wien:
Frauen machen Karriere: Perspektiven statt Blockierungen
16.15 Uhr, Raum 904, Turm, Senckenberganlage 15
— Veranstalterinnen: AK Frauenstudien in den Erziehungswissenschaften

Dr. Wolfgang Jilg, München:
Die Polymerase-Kettenreaktion (PCR) und ihre Anwendung in der mikrobiologischen Diagnostik
17.15 Uhr, Hörsaal des Paul-Ehrlich-Instituts, Paul-Ehrlich-Straße 51-59, 6070 Langen
— Veranstalter: Paul-Ehrlich-Institut

V. Braun, Tübingen:
Eisentransport in E. coli
17.15 Uhr, Seminarraum, Institut für Mikrobiologie, Mehrzweckgebäude, Haus 75 A, Sandhofstraße
— Mikrobiologisches Kolloquium

Eva op de Hipt (zusammen mit Christiane Hinninger und Miriam Schmidt):
Embryonaler Energieumsatz bei Vögeln
17.15 Uhr, kleiner Hörsaal des Zoologischen Instituts, Siesmayerstraße 70
— Hauskolloquium

Christa Thoben, MdL, Stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU:
Bausteine einer Unternehmenssteuerreform der 90er Jahre
17.15 Uhr, Hörsaal H, Hauptgebäude
— Frankfurter betriebswirtschaftliches Forum

Privat-Dozent Dr. Helmuth Oelschläger, Frankfurt:
Der Nervus terminalis der Säugtiere
18.15 Uhr, Großer Hörsaal, Zentrum der Morphologie, Haus 27, Theodor-Stern-Kai 7
— Zell- und neurobiologisches Kolloquium

Prof. Dr. H. W. Doerr, Frankfurt:
Infektionskrankheiten als biologische Waffe
18.15 Uhr, Haus 23 B, kleiner Hörsaal, Theodor-Stern-Kai 7
— Ringvorlesung: „Medizinische, ökologische und psychosoziale Aspekte von Massenvernichtungswaffen“

Im Fachbereich 13: Physik sind für das Sommersemester 1990 nachstehende wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte, vorbehaltlich entsprechender Mittelzuweisung, einzustellen:

I. WISSENSCHAFTLICHE HILFSKRÄFTE MIT ABSCHLUSS
5 Hilfskräfte mit je 46 Std. monatlich (oder weniger Verträge bis zu 80 Std.) im Institut für Kernphysik, Aufgabengebiet: „WHK am Beschleuniger, Überwachung und Einweisung ins Experiment“ von Prof. Bethge und Ing. Meinel.
6 Hilfskräfte mit je 33 Std. monatlich im Institut für Biophysik, Aufgabengebiet: „Mitarbeit im Praktikum Physik für Mediziner“, Prof. Pohlitz/Prof. Schubert.
7 Hilfskräfte bis zu je 80 Std. monatlich im Physikalischen Institut, Aufgabengebiet: Übungen zur Vorlesung „Einführung in die Physik“.
7 Hilfskräfte bis zu je 80 Std. monatlich im Physikalischen Institut, Aufgabengebiet: Physikalisches Praktikum.
Beim Physikalischen Institut können sich auch studentische Hilfskräfte bewerben.

II. STUDENTISCHE HILFSKRÄFTE
15 Hilfskräfte mit je bis zu 70 Std. monatlich im Institut für Angewandte Physik, Aufgabengebiet: Physikalische Praktika, Aufbau von Vorlesungsversuchen, Mitwirkung bei Übungen und Forschungsarbeiten.
2 Hilfskräfte mit je 44 Wochenstunden für Programmierarbeiten von Prof. Kegei.
5 Hilfskräfte mit je 44 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Theoret. Physik VI: Thermodynamik und Statistik“ von Prof. Greiner.

2 Hilfskräfte mit je 44 Wochenstunden für Lehrveranstaltung „Theoret. Physik IV: Quantenmechanik I“ von Prof. Haug.
5 Hilfskräfte mit je 44 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Theoretische Physik II: Mechanik II“ von Prof. Jelitto.
2 Hilfskräfte mit je 44 Wochenstunden für die Lehrveranstaltung „Theoret. Festkörperphysik I“ von Prof. Hirst.
2 Hilfskräfte mit je 50 Std. monatlich im Institut für Kernphysik, Aufgabengebiet: Fortgeschrittenen-Praktikum Kernphysik von Prof. Groeneveld.
1 Hilfskraft mit 50 Std. monatlich im Institut für Kernphysik, Aufgabengebiet: Elektronik-Praktikum von Prof. Elze.
7 Hilfskräfte mit je 50 Stunden monatlich im Institut für Kernphysik, Aufgabengebiet: „WHK am Beschleuniger“ von Prof. Bethge und Ing. Meinel.
10 Hilfskräfte mit je 33 Stunden monatlich im Institut für Biophysik, Aufgabengebiet: „Mitarbeit im Praktikum Physik für Mediziner“ von Prof. Pohlitz/Prof. Schubert.
1 Hilfskraft mit 50 Stunden monatlich im Institut für Kernphysik, Aufgabengebiet: Prozeßrechnerpraktikum.
2 Hilfskräfte mit je 50 Std. monatlich im Institut für Kernphysik, Aufgabengebiet: Elektronikpraktikum für Informatiker von Prof. Stock.
1 Hilfskraft mit 40 Std. monatlich im Institut für Didaktik der Physik, Aufgabengebiet: „Technische Arbeiten im Zusammenhang mit der Erstellung von Lehrmaterial und Tests, Schreibarbeiten“.
1 Hilfskraft mit 40 Std. monatlich im Institut für Didaktik der Physik, Aufgabengebiet: Auswertung von Tests, Vervielfältigung.
Bewerbungen bitte bis zum **23. 2. 1990** an den Geschäftsführenden Direktor des jeweiligen Instituts.

Im Kristall-Labor des Physikalischen Instituts ist ab sofort befristet bis 21. 11. 1994 die Stelle eines/r

PHYSIKALISCH-TECHNISCHEN ASSISTENTEN/IN BAT VIB
zu besetzen. Es wird aktive Mitarbeit bei der Präparation und Züchtung von Einkristallen sowie Materialcharakterisierung erwartet. Die Eingruppierung erfolgt nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT.
Bewerbungen richten Sie bitte an den Geschäftsführenden Direktor des Physikalischen Instituts, Robert-Mayer-Str. 2-4, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt am Main.

Im Institut für Pharmazeutische Chemie ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle eines/r

CHEMOTECNIKERS/IN ODER EINES/R PHARMAZEUTISCH-TECHNISCHEN ASSISTENTEN/IN (BAT VIB)
auf Dauer zu besetzen. Gesucht wird eine selbständig arbeitende Kraft mit guten theoretischen Kenntnissen in der organischen und pharmazeutischen Chemie, die nach Möglichkeit bereits über in der Praxis erworbene analytische und präparative Erfahrungen verfügt.
Die Eingruppierung wird sich nach den Tätigkeitsmerkmalen des BAT richten.
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden innerhalb von 8 Tagen nach Erscheinen der Anzeige an das Sekretariat des Instituts für Pharmazeutische Chemie, Georg-Voigt-Str. 14, Postfach 11 19 32, 6000 Frankfurt am Main 11, erbeten.

**Dienstag,
6. Februar**

Prof. Dr. Albrecht Encke, Frankfurt
Entwicklung und gegenwärtige Aspekte der Organtransplantation
19.30 Uhr, Großer Hörsaal der Biologischen Institute, Siesmayerstraße 70
— Veranstalter: Universität und Polytechnische Gesellschaft

**Mittwoch,
7. Februar**

Dr. Hartmut Seifert, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB:
Möglichkeiten und Probleme kommunaler Beschäftigungspolitik
12.15 Uhr, Raum 109, Sozialzentrum
— Veranstaltung im Rahmen der Vortragsreihe „Arbeitsmarktpolitik in Frankfurt“ des Schwerpunktes Ökonomie im Institut für Polytechnik/Arbeitslehre

Prof. Fisch, Bern:
Die Wirkung von Medikamenten auf die visuelle Informationsverarbeitung
15.00 Uhr, Zentrum der Psychiatrie, Heinrich-Hoffmann-Straße 10
— Forschungsseminar des Zentrums der Psychiatrie

Mercedes Benz: Einführung des neuen SL
16.00 Uhr, Hörsaal H 16
— Veranstalter: Marketing zwischen Theorie und Praxis e. V.

Prof. Dr. Karsten Garscha, Frankfurt:
Die französischsprachige Literatur Schwarzafrikas
16.15 Uhr, Hörsaal I, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Universität des 3. Lebensalters

Podiumsdiskussion:
Famulatur und Praktisches Jahr in den USA
Eine Informationsveranstaltung zu den Möglichkeiten, einen Teil der hiesigen Medizinausbildung in den USA zu absolvieren. Alles zu Bewerbungsverfahren und Visaformalitäten.
17.00 Uhr, Amerika Haus Frankfurt, Staufstraße 1

— Veranstalter: Amerika Haus Frankfurt in Zusammenarbeit mit dem Westdeutschen Famulantenaustausch (WFA)

Prof. Dr. Alex Müller (Nobelpreis 1987), IBM Forschungslabor Rüschlikon:
Die Entwicklung der Erforschung der Supraleitung von Oxiden
17.15 Uhr, Hörsaal für Angewandte Physik, Robert-Mayer-Straße 2-4
— Physikalische Kolloquium

Christina Weber:
Von Selbstverleugnung, weiblichen Tugenden und Allmacht — bürgerliches Frauenbild im Spiegel pädagogischer Schriften um 1800
18.00 Uhr, Raum 2302, Turm
— Diskussionen zu Ergebnissen der Frauenforschung

Tirmiziou Diallo:
Die Wurzeln zum Leben — Afrikanische Kultur und Entwicklung (4): Vom Ritus zum Wiederholungszwang
19.00 Uhr, Kapelle im Studentenhäuser, Jügelstraße 1
— Veranstalter: Ev. Studentengemeinde und Kath. Hochschulgemeinde

Dr. G. Matern, Taunusobservatorium, Königstein:

Veranstaltungen

Auswirkungen der Sonnenaktivität auf die Erdatmosphäre
20.00 Uhr, Hörsaal des physikalischen Vereins, Robert-Mayer-Straße 2-4
— Veranstalter: Physikalischer Verein Frankfurt

Prof. Dr. Zwi Rosen, Tel Aviv:
Friedrich Nietzsches politische Welt
20.15 Uhr, Raum 4, Dantestraße 4-6
— Veranstalter: Fachbereich Philosophie

**Donnerstag,
8. Februar**

Prof. Dr. Granino A. Korn, Tucson, USA:
Interactive dynamic-system simulation on personal computers
15.15 Uhr, Raum 307, Robert-Mayer-Straße 11-15
— Informatikkolloquium

Dr. Gerhard Splitt:
Richard Strauss' Idee vom Ende deutscher Musik 1945
16.00 Uhr, Hörsaal 104a, Turm, Senckenberganlage 15
— Veranstalter: Musikwissenschaftliches Institut

Prof. Dr. Joachim Mitschke, Frankfurt:
Besteuerung der Frauenarbeit und Grundsicherung der Frau in einer abgestimmten Neuordnung von Steuern und Transfers
16.15 Uhr, Raum 127 B, Hauptgebäude
— Kolloquium zur Frauenforschung „Steuersystem — frauenfreundlich oder frauenfeindlich?“; eine Veranstaltungsreihe des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften

Privat-Dozentin Dr. Elfriede K. Pistorius, Bielefeld:
Die mögliche Rolle eines Flavoproteins mit L-Aminosäureoxidase-Aktivitäten bei der photosynthetischen Wasseroxidation
17.15 Uhr, Kleiner Hörsaal des Botanischen Instituts
— Botanisches Kolloquium

**Freitag,
9. Februar**

Sebnem Erhan-Dammaschrend Naval Gültekin:
Interkulturelle Frauenarbeit in Frauenräumen
14.00 Uhr, Raum 904, Turm, Senckenberganlage 15
— Interkulturelles Kolloquium „Zur psychosozialen Lage von Migrantinnen in der Bundesrepublik“

Prof. Dr. Richard R. Ernst, Zürich:
Pulsmethoden in der Elektronenspinresonanz
16.15 Uhr, Hörsaal I der Chemischen Institute, Niederursel
— Veranstaltung im Rahmen der Degussa-Stiftungsprofessur für Chemie und Medizin

Prof. Dr. h. c. Johannes von Trentini, Wien:
Ein Spaziergang durch Ephesos
17.15 Uhr, im Haus der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft, Siesmayerstraße 12

**Montag,
12. Februar**

Rüdiger Reischuk, Darmstadt:
Layout-effiziente Verfahren zum Design fehlertoleranter Schaltkreise

15.15 Uhr, Raum 307, Robert-Mayer-Straße 11-15
— Informatikkolloquium

R. Schnabel, Frankfurt:
Analyse der Erwerbsbeteiligung anhand von Paneldaten
16.00 Uhr, Raum 320 C, Hauptgebäude
— Forschungskolloquium der Sonderforschungsbereichs 3

W. Erhard, Erlangen:
Struktur und Programmierung von Feldrechnern. Fallstudie DAP
16.15 Uhr, Raum 307, Robert-Mayer-Straße 11-15
— Informatikkolloquium

**Dienstag,
13. Februar**

Dr. Bianka Pietrow, Tübingen:
Aufbruch der Frauen. Zu den Anfängen der Frauen-Emanzipation in Rußland im 19. Jahrhundert
16.15 Uhr, Am Leonhardsbrunn 4, I. Stock
— Veranstalter: Seminar für ost-europäische Geschichte

Privat-Dozent Dr. E. Müller, Tübingen:
Hungerinduzierter Torpor bei Wüstennagern
17.15 Uhr, kleiner Hörsaal des Zoologischen Instituts, Siesmayerstraße 70
— Zoologisches Seminar

Rechtsanwalt und Notar Hans G. Gattermann, Vorsitzender des Finanzausschusses des Deutschen Bundestages:
Wettbewerb der Steuersysteme — Welche Konzeption hat die F.D.P.?
17.15 Uhr, Hörsaal H, Hauptgebäude
— Frankfurter betriebswirtschaftliches Forum

Prof. Dr. P. Crutzen, Mainz:
Klimatische und ökologische Folgen einer nuklearen Katastrophe
18.15 Uhr, Haus 23, Kleiner Hörsaal, Theodor-Stern-Kai 7
— Ringvorlesung: „Medizinische, ökologische und psychosoziale Aspekte von Massenvernichtungswaffen“

Dr. J. Fränz, Frankfurt:
Teratogenität und Chromosomenveränderungen nach Applikation von Bromdesoxyuridin bei Mäusen
18.15 Uhr, Großer Hörsaal, Zentrum der Morphologie, Haus 27, Theodor-Stern-Kai 7
— Zell- und neurobiologisches Kolloquium

Prof. Dr. Hartmut Michel (Nobelpreis für Chemie 1988), Frankfurt:
Struktur und Funktion eines biologischen Lichtenergiewandlers
19.30 Uhr, Großer Hörsaal der Biologischen Institute, Siesmayerstraße 70
— Veranstalter: Universität und Polytechnische Gesellschaft

Dr. Heinz Blankenberg:
Friedrich Dessauer — Politiker auch christlicher Überzeugung
20.00 Uhr, Friedrich-Dessauer-Haus, Friedrich-Wilhelm-von-Steuern-Straße 90
— Veranstalter: Bauverein Katholische Studentenheime/Kath. Bildungswerk.

**Mittwoch,
14. Februar**

Dr. Johann Birner, Industrie- und Handelskammer Frankfurt:
Arbeitsmarktpolitische Aktivitäten der IHK Frankfurt
12.15 Uhr, Raum 109, Sozialzentrum
— Veranstaltung im Rahmen der Vortragsreihe „Arbeitsmarktpolitik in Frankfurt“ des Schwerpunktes Ökonomie im Institut für Polytechnik/Arbeitslehre

Podiumsdiskussion:
Jobben oder Praktikum in den USA — wie funktioniert's? Eine Informationsveranstaltung zu Programmangeboten, Bewerbungsverfahren und Visaformalitäten für Studierende aller Fachbereiche an Universitäten und Fachhochschulen (ausgenommen Mediziner!)
17.00 Uhr, Amerika-Haus Frankfurt, Staufstraße 1
— Veranstalter: Amerika-Haus Frankfurt

**75. Stiftungsfest der
Johann Wolfgang Goethe-Universität****Musik an deutschen Hochschulen**

Freitag, 9. Februar

**Akademisches Orchester der
Albert-Ludwigs-Universität Freiburg**

Leitung: Johannes Schlaefli

Felix Mendelssohn Bartholdy: Die Hebriden. Ouvertüre
Karl Heinz Köper: Fraktionen. Für vier Fagotte und Orchester
Antonin Dvorak: Sinfonie Nr. 9 e-Moll. op. 95 „Aus der neuen Welt“
20.00 Uhr, in der Aula der Universität, Hauptgebäude

Montag, 12. Februar

**Collegium Musicum der
Universität Fridericiana zu Karlsruhe**

Leitung: Hubert Heinz

Wolfgang Amadeus Mozart: Posthornserenade
Claude Debussy: Zwei Tänze für Harfe und Streicher
Benjamin Britten: A young persons guide to the orchestra
20.00 Uhr, in der Aula der Universität, Hauptgebäude

Sonntag, 18. Februar

**Collegium musicum vocale et instrumentale
der Universität zu Köln**

Leitung: Dieter Gutknecht

„A child of our time“ von Michael Tippett
Oratorium für Soli, Chor und Orchester
Julia Borchert, Sopran
Aurelia Hajek, Alt
Harry Ryan, Tenor
Guido Jentjens, Baß

20.00 Uhr, Dreikönigskirche, Sachsenhäuser Ufer

Die Veranstaltungen sind öffentlich, Eintritt frei.

Prof. Dr. Bernhard Mühlshlegel, Köln:
Physik kleiner Teilchen und supraleitender Netzwerke
17.15 Uhr, Hörsaal für Angewandte Physik, Robert-Mayer-Straße 2-4
— Physikalische Kolloquium

Dr. Walter Seipp, Vorsitzender des Vorstandes der Commerzbank AG:

Perspektiven für den europäischen Binnenmarkt 1992 und danach
17.30 Uhr, im Haus der Industrie- und Handelskammer, Börsenplatz 2
— Veranstaltung im Rahmen des Kolloquiums „Europa 1992 und der Kapitalmarkt“ des Instituts für Kapitalforschung (Einlaß nur mit Karte, Telefon 798 — 26 69)

Prof. Dr. Winfried Flüchter, Duisburg:
Großregion Tokio
19.00 Uhr, Geowissenschaftlicher Hörsaal, Senckenberganlage 34
— Veranstalter: Frankfurter Geographische Gesellschaft

Werner Feld, Firma Relational Technology GmbH:
Einsatz von relationalen Datenbanken zur Informationsverarbeitung
20.00 Uhr, Oeder Weg 164
— Veranstalter: K.D.St.V. Moeno-Franconia

Geschichte in Kurzreferaten und Anekdoten:
„Mutter Straßburg's Kinder“ — Frankonia's und Staufia's
20.00 Uhr, Robert-Mayer-Straße 36
— Veranstalter: KStV Frankonia-Straßburg

Prof. Dr. Yehuda Elkana, Tel Aviv:
The Political Career of Ernst Cassirer's Ideas
20.15 Uhr, Raum 4, Dantestraße 4-6
— Veranstalter: Fachbereich Philosophie

**Donnerstag,
15. Februar**

Prof. Dr. John-ren Chen, Innsbruck:
Modellierung der verwandten Rohstoffe
10.15 Uhr, Hörsaal H 11, Hörsaalgebäude
— Veranstalter: Professor für Volkswirtschaftslehre, insb. Fachbereich Wirtschaftswissenschaften

Initiative für die Menschenrechte aller Bürgerinnen der ASEAN-Staaten:

Transmigrasi — ein Ausweg für die Armen Javas?
19.00 Uhr, Geowissenschaftlicher Hörsaal, Senckenberganlage 34
— Veranstalter: Frankfurter Südostasien-Forum

**Freitag,
16. Februar**

Dr. Georg Bitter:
Verlage stellen sich vor: Georg Bitter Verlag
14.00 Uhr, Institut für Jugendbuchforschung, Myliusstraße 30
— Veranstalter: Institut für Jugendforschung

Dr. Felix Blocher, Heidelberg:
Frühaltbabylonische Siegelabrollungen

17.15 Uhr, Archäologisches Institut, Raum 714, Gräfstraße 76
— Veranstaltung im Rahmen des Kolloquiums „Neue Funde und Forschungen“